6. Jahrg. Nr. 13 1

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Einzelpreis 10 Pfg.

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern" und den Beilagen „Die Tribüne", „Die Kommunistin", „Der Jungproletarier", „Die Rote Sichel".

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Gottesberg, Nieder-Hermsdorf, Seitendorf, Neu-Salzbrunn, Weißstein.

Anzeigenpreis: Die 10gespaltene Millimeterzeile od. deren Raum 10 Goldpfennig, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Goldpfennige. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 3gespalten oder deren Raum im Text 50 Goldpfennige.

Mittwoch, 17. September 1924

Bezugspreis: Bei wöchentlich 6maligem Erscheinen monatlich 2.25 Gm wöchentl. 50 Pf. Einzeln. durch Straßenhdl. u. Kolle 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzer Straße 50. — Postscheckkonto Breslau Nr. 31059 — Fernsprecher: Breslau, Ring 8887.

Werktätige Oberschlesiens!

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Gewerbetreibende, Kleinbauern!

Am 21. September ist Reichstagsnachwahl in Oberschlesien.

Der Wahltag naht. Wahltag ist Zahltag. Wahltag ist Abrechnungstag mit den Volksverrätern und Volksbetrügern.

Arbeitende! In Euren Eingeweiden wühlt der Hunger stärker und schmerzlicher denn je. Hunger macht rebellisch, Hunger zeugt Kommunisten. Der Versklavungspakt in London zwischen deutschen und internationalen Räubern ist beschlossen, aber noch nicht durchgeführt. Er gerät in Gefahr, wenn die rote Welle des Kommunismus in Deutschland steigt. Deshalb befiehlt Dollarkönig J. P. Morgan seinen Lakaien in Deutschland, die kommunistische Gefahr zu bannen.

Minister und Verwaltungsbürokratie, Polizei und Justiz arbeiten seit Monaten fieberhaft. Der Gummiknüppel haut, die Schupo reitet Attacken gegen die hungernden Proleten. Gefängnisse und Zuchthäuser sind vollgepfropft mit kommunistischen Rebellen. Aber trotzdem steigt die rote Flut höher und höher.

Verzweiflung packt die Kapitalisten-Räuber und ihre sozialdemokratischen Lakeien. Was tun?

Hier kann nur noch der großzügige Volksbetrug helfen. Darum her mit dem alten Rezept, den hungernden Massen billiger Brot zu versprechen. Und die Volksbetrüger machen sich ängstlich an die Arbeit.

Reichsregierung und Reichstagsmehrheit, die die ganzen Monate hindurch den blutigsten Kapitalräubereien tatenlos zusahen, die duldeten, daß den kleinen Geschäftsleuten, den Kleinbauern 7% Wucher-Zinsen im Monat, 84% im Jahre abgenommen wurden, die den Finanzämtern Weisung gab, dem Kleinbauern erbarmungslos die letzte Kuh aus dem Stall zu verpfänden, die rücksichtslos mithalf, Hunderttausende, ja Millionen von Arbeitern, Angestellten und Beamten auf das Straßenpflaster zu werfen und den übrigen gleichzeitig mit Schupo und Justiz den Zehn- und Mehrstundentag und Lohnabbau aufzuzwingen, die durch den Steuereintreiber mitleidslos den Lohn- und Gehaltsempfängern das letzte Stück Brot vom Munde wegreißen ließen,

bekommen jetzt furchtbare Wahlängste.

Die Reichsregierung, gepeitscht von ihrem bösen Gewissen, gepeitscht von der Furcht der steigenden Kommunistenflut in Oberschlesien, kommt jetzt mit einem Male und verspricht den hungernden Proleten in Stadt und Land

eine großzügige und energische Verbilligungsaktion.

Werktätige, das ist wohlgemerkt dieselbe Regierung, das sind dieselben Parteien, die vor wenigen Tagen die deutsche Nation der Arbeit bedenkenlos an das internationale Raubkapital verschachert haben, die sich in London unterschriftlich verpflichteten, aus Euren Knochen neben den bestehenden zermalmenden Steuerlasten

weitere 2500 Millionen Goldmark

jährlich herauszupressen!

Jetzt fügen sie zu ihrer unmenschlichen Grausamkeit auch noch den blutigsten Hohn für Euer himmelschreiendes Elend.

Schon jetzt hat Minister Luther nach bürgerlichen Pressemeldungen davon gewarnt von der sogenannten Verbilligungsaktion ein Sinken der Lebensmittelpreise zu erwarten. Oberschlesische Arbeiter! Wenn selbst Luther dies gestehen muß, so wißt Ihr, was Ihr von dem Verbilligungsschwindel zu halten habt.

Arbeitende!

Vergeßt nicht, daß Regierung und Reichstag die ganze Zeit hindurch gefühllos schwiegen zu all Eurer Not.

Vergeßt nicht, daß sie nach Abschluß des Versklavungspaktes kreuzfidel in die Ferien zogen, ohne sich um Eure Qualen zu kümmern.

Jetzt auf einmal ist Holland in Not.

Jetzt holt man Papa Ebert aus der Sommerfrische her, damit er auf öffentlichem Jahrmarkt die papierne Keule des Artikels 48 der Reichsverfassung gegen die Brot- und Warenwucherer schwinge. Was tut's, daß die Regierung Marx-Stresemann noch vor wenigen Tagen die

Brotzollwucher-Vorlage

in den Reichstag eingebracht hatte. Das Volk ist dumm und hat ein kurzes Gedächtnis. Man kann und darf ihm alles bieten. Es fällt immer gern und willig auf neue Schwindeleien hinein.

So denkt die herrschende Klasse, so denkt deren Verwaltungsausschuß, die Regierung. So denkt auch die volksverräterische Sozialdemokratie! Darum frisch ans Werk, her mit gleißenden Flitterparolen!

Und die Reichsregierung kündigt, ohne vor Scham in die Erde zu sinken, zum soundsoviellsten Male einen

„neuen, großen Preisabbau"

an. Sie bewilligt der Schwerindustrie einige Frachtermäßigungen, setzt die Postanweisungsgebühren herab, empfiehlt eine Senkung der Kohlenpreise um 10 Prozent, kuhhandelt mit den Banken, damit diese die Wucherzinsen um ein kleines ermäßigen sollen, verringert den Satz der alles erdrosselnden Umsatzsteuer von 2½ auf 2 Prozent und „erwartet", daß die großkapitalistischen Räuber ihrem großen Beispiele auf dem Wege der Preissenkung Folge leisten.

Soweit die Regierung. Die Regierungsparteien aber und ganz besonders die Sozialdemokratie schlagen dazu dröhnend die große Pauke. Sie preisen die „mutige Tat" der Regierung bis in den Himmel und rufen zornschnaubend nach der Wucherpolizei, die den großkapitalistischen Schwindlern, die die holden Pläne der Regierung etwa zu durchkreuzen wagen sollten, energisch zu Leibe gehen soll.

Werktätige in Stadt und Land!

Glaubt von Euch wirklich noch niemand ernsthaft an diesen groß angelegten Wahlschwindel?

Gibt es noch jemand unter Euch, der aus der Geschichte der letzten Jahre noch nicht gelernt hat, daß man mit genau demselben Schwindel die ganze Zeit hindurch dem arbeitenden Volke schamlos das Fell über die Ohren gezogen hat?

Vergeßt nicht, daß die Wahlen in Oberschlesien vor der Tür stehen, und daß die kapitalistische Demokratie das Belügen der werktätigen Volksmassen zu ihrem obersten Gesetz erhebt.

Arbeitende Massen in Stadt und Land! Wollt Ihr auch diesmal die Betrogenen sein? Wollt Ihr abermals den gewissenlosen Volksbetrügern ins Garn laufen?

Nein, denn Ihr seid grausam gewarnt! Ihr werdet den kapitalistischen Betrügern und ihren sozialdemokratischen Zutreibern am Wahltage die Heuchlermaske vom Gesicht reißen. Ihr werdet Eure Peiniger und Bedrücker am Wahltage zu Paaren treiben! Ihr werdet Euch einmütig und geschlossen scharen um die Partei, die in allen Kämpfen bedingungslos bei Euch steht und die die Versklavungs- und Aushungerungspläne des deutschen und des internationalen Finanzkapitals zuschanden machen wird.

Die Polizei schützt Christus und verhaftet Kommunisten

Genosse Reim verhaftet!

Der Allerweltsbefreier Niethe, der als Propagandist für den Christusmenschen Häusser in Oberschlesien tätig ist, sprach am Sonnabend in einer öffentlichen Volksversammlung in Hindenburg. Die Arbeiter, zahlreich erschienen, ließen ihn nicht zu Ende reden, denn sie hatten in den letzten Wochen schon genügend das wirre und kunfuse Zeug dieses Apostels verdauen müssen. Sie forderten dringend die freie Aussprache. Nachdem die Ruhe in der ziemlich stürmischen Versammlung wieder hergestellt war, ergriff als erster der Genosse Reim, Geschäftsführer des Oberschlesischen Zeitungsverlages, das Wort.

Genosse Reim, der unter ungeheurem Beifall sprach, wurde an der Tür des Lokales von zwei Kriminalbeamten und vier mit Gummiknüppel bewaffneten Schupisten verhaftet und zur Wache geführt. Während man anfangs angab, daß es sich lediglich um die Feststellung seines Namens handele, lieferte man den Verhafteten sofort in eine Zelle des Polizeigefängnisses Hindenburg ein.

Den eifrigen Bemühungen unserer Genossen und der Gutsage unseres Reichstagsabgeordneten Emil Höllein ist es zu verdanken, daß Montag mittag unser Genosse Reim wieder entlassen wurde mit der Begründung, er sei frei bis zur Klärung der Verhältnisse.

Die revolutionäre Arbeiterschaft Oberschlesiens erkennt an dieser Vergeltung, wie rücksichtslos sich die herrschende Gesellschaft auf die Seite dieses „revolutionären" Erlöschristus stellt. Während ein Kommunist nach dem anderen ein Opfer der weißen Justiz wird. Die Antwort am 21. September lautet: „Pieronna, wir werden's euch heimzahlen, jede Stimme den Kommunisten!"

Rote Frontkämpfer verhaftet.

Braunschweig, 15. September.

Am Sonntag abend versammelte sich auf dem Kleinen Exerzierplatz der Braunschweiger „Rote Frontkämpferbund" in einer Stärke von 300 Mann zu einem Ausflug in der Richtung des Querumer Holzes. Die Schutzpolizei war mobilisiert und raste auf Lastautos den roten Frontkämpfern nach. Die Roten Frontkämpfer wurden umzingelt, der Hauptmann kommandierte „Halt!", ließ die Karabiner laden und die Revolver ziehen und liedern wurde der Rote Frontkämpferbund durch die Belebten erklärte alle Teilnehmer für verhaftet. Unter trotzigen Kampfstraßen der Stadt nach dem Polizeigefängnis geschafft. Von jedem einzelnen Frontkämpfer wurden die Personalien festgestellt und ein genaues Protokoll aufgenommen. Erst um Mitternacht war die Vernehmung beendigt und wurden die Frontkämpfer entlassen.

*

Der Rote Frontkämpferbund ist die Organisation der klassenbewußten Arbeiter, die sich gegen die Anlegung neuer Ketten zur Wehr setzen. Er ist eine Schutzmauer für die proletarische Klasse, für Frauen und Kinder, gegen die blutige Diktatur der Faschisten, die planmäßig erprobt wird. Und weil er das ist, wird die Staatsgewalt gegen ihn in Bewegung gesetzt in der Hoffnung, die Proletarier werden aus Furcht vor Differenzen mit der Staatsgewalt dem Roten Frontkämpferbund den Rücken kehren.

Die Staatsgewalt hat sich geirrt. Der Ueberfall auf den Braunschweigischen Roten Frontkämpferbund ist für die gesamte Arbeiterschaft Alarmsignal. In allen Orten müssen und werden sich die klassenbewußten Arbeiter in dem Roten Frontkämpferbund sammeln und eine machtvolle Organisation zu ihrem Schutz schaffen.

*

Wir rufen die Proletarier auf, als Antwort auf die Verhaftung ihrer Klassengenossen in Braunschweig

in allen Orten die Gründung des Roten Frontkämpferbundes

vorzunehmen.

Die SPD. in Berlin erledigt.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 16. September.

Die Sozialdemokratische Partei hatte für heute abend zwanzig Versammlungen mit dem Thema: Das Sachverständigengutachten und die Verteilung der Lasten, einberufen. Sämtliche Versammlungen wurden gesprengt und zum Teil als kommunistische Versammlungen weitergeführt.

Deutsche Nationalisten, deutsche Landesverräter, beide freigelassen — Kommunisten bleiben im Kerker.

Auf eine Anfrage der deutschen Regierung bei Herriot über Freilassung der deutschen Nationalisten, die in französischen Gefängnissen sitzen, teilte die französische Regierung mit, daß die Gefangenen freigelassen wurden und bis zum 10. September zirka 51 entlassen worden seien.

Natürlich nationalistische deutsche Terroristen, die den Anlaß boten zu den furchtbaren Vergeltungsmaßnahmen Frankreichs gegen Deutschland, werden freigelassen. Käufliches Separatistengesindel, deutsche Landesverräter, läßt die deutsche Regierung laufen. Kommunisten, deren aufopfernder Mut, deren ideale Gesinnung, deren energischer Kampf für die Arbeiterschaft von keinem Staatsanwalt angezweifelt wird, bleiben im Zuchthaus.

Der weiße Mord in Bulgarien.

Sofia, 16. September.

Nach dem Attentat auf den kommunistischen Abgeordneten Dimoff wurde heute der aus Mazedonien stammende Kopatscheff, der Nachfolger des Kommunistenführers Tektoff und der kommunistische Abgeordnete Hadji Dimov erschossen.

*

In Bulgarien ist unsere Partei verboten. Ihr Ansehen wächst aber bei den Bauern und Arbeitern täglich.

Die Attentate gegen unsere Besten reihen sich dem internationalen weißen Mord an. Sie halten jedoch nicht unsere Bewegung auf.

Die Spanier in Nöten.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 16. September.

Die marokkanischen Truppen haben eTtuan und Scheschauan gänzlich umzingelt. Diese Orte sind von der Lebensmittelzufuhr gänzlich abgeschnitten.

Die Besatzungen sind rettungslos verloren. Sie beträgt 15 000 Mann.

Ein tschechoslowakischer Bankskandal, der den Präsidenten der tschechoslowakischen Faschisten, einen Dr. Scheiner, unrettbar belastet wurde aufgedeckt. Die Korruption in der Bourgeoisie ist eine internationale Erscheinung, und die bürgerliche „Demokratie" wenn sie auch keinen anderen Vorzug aufweist, den Vorzug hat sie unbedingt, daß die Korruption in ihr am weitesten verbreitet und eingefressen ist.

Oberschlesier, lang genug hat man Euch ausgebeutet, betrogen, gequält, Darum wird am 21. September Liste 1 Jadasch — Jendrosch gewählt!

Die englische Arbeiterregierung und die Intervention in China.

Von Karl Radek.

Während der letzten Monate hat die englische imperialistische Presse unaufhörlich betont, daß das „wachsende" Chaos in China die Einmischung der Großmächte erfordert. Schon vor einem Monat brachten die Londoner „Times" eine Reihe von Artikeln, die dieses sogenannte Chaos mit den dunkelsten Farben schildern und zur Intervention auffordern. Jetzt handelt es sich nicht mehr um Zeitungsartikel, sondern es sind bereits zwei ernste Tatsachen vorhanden: die englische Regierung wandte sich gemeinsam mit den französischen, japanischen und amerikanischen Regierungen an die Pekinger Regierung mit der Drohung in den Kampf zwischen den Generalgouverneuren Tschekiang und Kiangsu um das Arsenal von Schanghai einzugreifen. Gleichzeitig droht die englische Regierung die Kantoner Regierung, an deren Spitze Sun-Yat-Sen steht, mit den Kanonen ihrer Kreuzer für den Fall, wenn die Kantoner Regierung wagen würde gegen den englischen Agenten Tschen-Min-Yat einen Kampf zu führen. In Zentralchina gehen die imperialistischen Mächte unter der Parole „des Kampfes gegen die sogenannten Militaristen" vor. Dort kämpft General Wu-Pei-Fu um die Macht, dem es gelungen ist, die Herrschaft über den reichsten Teil Chinas zu konzentrieren und eine verhältnismäßig starke Armee zu schaffen, die im vergangenen Jahre der Armee des nördlichen Generalgouverneurs Tschan-Tso-Lin eine Niederlage bereitete.

Es ist selbstverständlich, daß das Geschrei der imperialistischen Weltmächte gegen den Imperialismus der chinesischen Generalgouverneure nur ein durchaus scheinheiliger Vorwand ist. Dieser Generalgouverneure bilden das Zentrum, worum sich die Faktoren der Macht der inländischen Bourgeoisie und der Bauernschaft gruppieren. Sie stützen sich natürlich, wie jede Klassenmacht auf militärische Kräfte. Aber ihre Waffen kaufen sie sich zumeist in Europa und Amerika. Erst unlängst brach ein Skandal wegen einer bedeutenden Waffenlieferung aus Italien an Wu-Pei-Fu aus. Es handelt sich um 70 Feldgeschütze, 30 000 Gewehre und die dazu nötige Munition. Am 9. April 1924 gab der englische Staatssekretär des Aeußern, Ponsonby eine Erklärung ab, anläßlich eines chinesischen Waffenkaufes in England im Werte von 20 Millionen Dollar. Die imperialistischen Mächte unterstützen gerne einen Generalgouverneur gegen den anderen, um in dieser Weise den Prozeß des nationalen Zusammenschlusses Chinas aufzuhalten. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß die Japaner den Gouverneur Tschan-Tso-Lin, während die Amerikaner gegen Tschan-Tso-Lin, den General Wu-Pei-Fu unterstützen, jetzt aber das Spiel auf den „christlichen" General Feng setzen, der über den Pekinger Kreis befiehlt. Wenn aber das scheinheilige Geschrei gegen die militaristischen Generalgouverneure jemanden vielleicht noch betrügen konnte, so übersteigt das Geschrei gegen Sun-Yat-Sen sogar die Grenzen der üblichen imperialistischen Lügen. Das Unglück Sun-Yat-Sen bestand bis zur letzten Zeit darin, daß er im Geiste des Liberalismus der angelsächsischen Länder erzogen wurde, die Bedeutung der Klassenfaktoren und der realen militaristischen Macht unterschätzte. In seinem im Jahre 1922 in Schanghai erschienenen Buche über die „Internationale Entwicklung Chinas" nimmt Su-Yat-Sen für die Annäherung der Weltmächte Stellung, entwickelt einen großzügigen Plan der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas mit Hilfe eines internationalen Bankkonsortiums, das China nicht ausplündern, sondern seine Produktivkräfte unter dem Schutze des edlen Völkerbundes erwecken würde. Infolge seines Glaubens an die westeuropäische Demokratie und an den Pazifismus Amerikas und Englands, erlaubte Sun-Yat-Sen die Schaffung einer kaufmännischen Miliz, mit deren Hilfe jetzt der englische Imperialismus versucht, die Macht Sun-Yat-Sen's von innen zu untergraben, während ihm zur gleichen Zeit der englische Agent General Tchen-Ku-Min und vom Meere aus die englischen Kreuzer bedrohen.

Was geschieht hier? Warum rühren sich jetzt die imperialistischen Großmächte und warum stehen wir allen Anzeichen nach vor einer neuen Intervention, und zwar in erster Linie vor einer Intervention des englisch-amerikanischen Imperialismus gegen China? Aus zwei Ursachen.

Die erste Ursache ist die Schwächung Japans durch das Erdbeben. Bisher haben die Vereinigten Staaten Amerikas ihre Kräfte auf die Abwehr des wachsenden japanischen Einflusses konzentriert. Darum spielten sie auf der Washingtoner Konferenz die Rolle der Verteidiger Chinas, versprachen, daß sie die Erhöhung der Zölle, die Beschränkung der Privilegien der Ausländer erlauben werden. Auch der englische Imperialismus konnte sich nicht zu einer aktiveren Politik entschließen. Trotz der Auflösung des Bündnisses mit Japan, da er den Widerstand Japans befürchtete. Jetzt ist diese Angst verschwunden und der englisch-amerikanische Imperialismus geht zu einer aktiven Politik über.

Die zweite Ursache ist das Anwachsen der nationalen Bewegung in China und der zunehmende Einfluß der Sowjetunion. Die Anerkennung der Sowjetunion durch die Pekinger Regierung, die sich unter dem unmittelbaren Einfluß der imperialistischen Großmächte befindet, kam für letztere völlig unerwartet. Eine noch größere Ueberraschung war die Tatsache, daß der Kampf für diese Anerkennung nicht durch breite Kreise der Intelligenz geführt wurde, sondern daß alle einflußreichen Generalgouverneure, mit Wu-Pei-Fu an der Spitze, diese Anerkennung einmütig gefordert und dadurch bewiesen haben, daß sie in einem gewissen Sinne die Zentren der nationalen Bewegung darstellen und an die Befreiung Chinas vom Weltimperialismus denken.

Wir in Rußland haben die Weltbedeutung der Anerkennung der Sowjetunion durch China nicht genügend eingeschätzt. Wir erkennen die Schwäche der Pekinger Regierung, die Schwäche der Handelsbeziehungen der Sowjetunion mit China und daher haben wir die ungeheure symbolische Bedeutung des Anerkennungsaktes nicht begriffen. Auf der einen Seite steht der bis an die Zähne bewaffnete Weltimperialismus, der über riesige Geldsummen zur Bestechung der chinesischen Beamten über ein großes Netz von Handels-, Bank- und Industrieunternehmungen in ganz China, über eine reiche Presse verfügt, auf der anderen Seite die arme Sowjetunion, die weder eine eigene Presse, noch Geld zur Bestechung von Beamten, noch Handelsverbindungen, noch eine Flotte besitzt, die in den chinesischen Häfen erscheinen könnte. **Und trotz eines solchen Verhältnisses der gegenwärtigen realen Kräfte forderten die breiten Volksmassen die Anerkennung der Sowjetunion, dieses einzigen Freundes, der für die Befreiung der Ostvölker kämpft.** Der Druck war so stark, daß die bürokratischen Cliquen von Peking ihm nachgeben mußten. Die imperialistischen Weltmächte haben die riesige Bedeutung dieser Tatsache richtig eingeschätzt, als ein Symptom der heranreifenden Kräfte der nationalen revolutionären Bewegung in China.

Warum beginnen sie aber den Angriff gegen China von Süden her? Warum ist das erste Ziel ihres Angriffes Sun-Yat-Sen?

Sun-Yat-Sen und seine Kuomintan-Partei steht an der Spitze eines Territoriums mit einer Bevölkerung von 30 Millionen, durch das der ganze Handel mit dem ganzen Süd- und Südwestchina abgewickelt wird. In der Nähe von Kanton befindet sich, der durch die Engländer besetzte Hafen Hongkong. In der letzten Zeit begann Sun-Yat-Sen zu begreifen, gestützt auf die ganze Erfahrung seines Kampfes vom Jahre 1911, daß er nicht in der Luft hängen kann, daß jene Elemente der chinesischen Bourgeoisie, die sich mit der Vermittlung zwischen dem ausländischen Kapital und den Bauernmassen beschäftigen, nicht die Grundlage der nationalen demokratischen Bewegung bilden können. Er begann, sich auf die demokratischen und auf die Arbeiterelemente zu stützen, die Arbeiter zu bewaffnen und sich mit jedem Tage stärker auf den Kampf gegen den Weltimperialismus einzustellen. In Kanton fand eine Reihe von Konferenzen der Arbeiterorganisationen nicht nur Chinas, sondern auch des Stillen und des Indischen Ozeans statt. Daher erhielt das Territorium der Kantoner Regierung in den Augen Englands den Charakter der Basis der nationalen und der Arbeiterbewegung, die um jeden Preis zu vernichten sei. Wir sind nun Zeuge jenes schändlichen Schauspiels, wie die Arbeiterregierung Englands die Initiative des Kampfes gegen die Kantoner Regierung ergriff, die das Zentrum der demokratischen Bewegung ist.

In diesen Tagen hielt Herr Macdonald auf der Tagung des Völkerbundes in Genf eine Rede über die Entwaffnung. Er hätte sich darauf berufen können, daß er die ersten Schritte zur Verwirklichung seines Programms bereits getan hat. Er begann den Kampf um die Entwaffnung der einzigen demokratischen Regierung Chinas. Herr Macdonald hat aber dem Völkerbund nicht erzählt — noch weniger der Arbeiterpartei, daß er die Entwaffnung dieser demokratischen Regierung im Interesse der bis an die Zähne bewaffneten Söhne der Kantoner Bourgeoisie, anstrebt, die in englischer Uniform, mit englischen Waffen paradieren. Die Arbeiter Englands müssen aber daraus ihre Schlüsse ziehen.

Der Bürgerkrieg in China.

Berlin, 16. September.

Der Gouverneur der Mandschurei rückt in Eilmärschen mit seiner Armee nach Peking vor. In Peking ist der Belagerungszustand verhängt worden. 60 000 Soldaten sollen die Stadt vor den Aufständischen schützen.

Unterdessen ist wieder ein amerikanisches Schlachtschiff mit 6 Zerstörern, ferner ein japanischer Kreuzer in Schanghai eingelaufen.

In Hnanjin finden heftige Kämpfe statt. **Tschi-Si-Tang ist entschlossen, Schanghai zu erobern.** Die Pekinger Regierung will alle Machtmittel ausnützen.

In den Schanghaier Spitälern liegen schon 1200 Schwerverwundete.

Der Bauerntag in Gersfeld gesprengt.

Severing als Werkzeug der bayrischen Faschisten-Regierung.

Gersfeld, 16. September.

Am Sonntag, 14. September, sollte in Gersfeld die Tagung der durch Mißernte, neben der Agrarkrise, in schwerer Not befindlichen Rhön-Bauern stattfinden. Der große Rhön-Bauerntag war beschlossen durch eine Bauernkonferenz in der Süd-Rhön am 31. August. Die Beschlüsse dieser Bauernkonferenz, sowie die Aufrufe der gewählten Kommission zeugen davon, daß der Rhön-Bauerntag in Gersfeld ein Tag der Beratung der Rhön-Bauernschaft über die von den Parlamenten und den Regierungen zu fordernden Maßnahmen gegen die schwere Notlage sein sollte.

Dank des Eingreifens des reaktionären Bauernvereins und Landbundes der bayrischen und preußischen Regierung wurde der 14. September zu einem Tag der Demonstration für die Kommunistische Partei, gegen die Regierung und gegen die reaktionären Großbauern- und Junkerorganisationen. In Gersfeld hat die Rhön-Bauernschaft und die ganze deutsche Kleinbauernschaft große Lehren erhalten.

Die Ausschaltung des Zentrums-Bauernvereins und des Landbundes bei der Vorbereitung der Tagung hat diese Organisationen zusammen mit der Bayrischen Volkspartei zu einer Kampagne gegen die Gersfelder Tagung veranlaßt. In Zeitungen in der Rhön wurde vor Teilnahme an der Tagung gewarnt, weil es sich um eine „Kundgebung von links" handele. Flugblätter wurden verbreitet und Warnungen vor Teilnahme, da die ganze Sache von der Kommunistischen Partei eingeleitet sei. Die Pfarrer forderten von der Kanzel herab zur Nichtteilnahme auf. Himmel und Hölle wurde beschworen, um die Bauern von der Kundgebung abzuhalten. Die Landbündler, der Bauernverein und die Bezirksbauernkammer riefen außerdem zu einem Rhön-Bauerntag nach Brückenau auf.

Die reaktionäre Sippe mußte sich aber trotz aller Hetze davon überzeugen, daß eine große Masse der Bauernschaft sich von der Teilnahme an der Gersfelder Tagung nicht abhalten ließ. In mehr als 50 Orten wurden Versammlungen abgehalten und Delegierte gewählt. Jetzt griff die Bayrische Regierung ein.

Am Sonnabend, 13. September, erfolgte auf das Wohngebäude des Leiters der Rhön-Bauern-Bewegung, des Landwirtes Putz, ein

Polizeiüberfall. Zwei Kriminalbeamte durchstöberten das ganze Haus, während 12 Mann Reichswehr mit geladenem Karabiner das Gebäude umlagerten!

Die Polizeiaktion verlief ergebnislos.

Die bayerische Regierung unternahm aber nicht nur den Polizeiüberfall. Sie richtete schon vorher an die preußische Regierung das Ersuchen, den Rhön-Bauerntag in Gersfeld (Gersfeld liegt auf preußischem Gebiet) zu verhindern. Wir wollen hier wiedergeben, was der Rechtsberater des Zentrums-Bauernvereins (Sitz Fulda) darüber erzählte:

„Der Landrat des Kreises erklärte mir, daß die bayerische Regierung die preußische ersucht hat, zu prüfen, ob die Kundgebung in Gersfeld nicht verhindert werden sollte, da der Leiter der Kundgebung kommunistischer Umtriebe in Bayern verdächtig sei. **Darauf kam von Berlin nach Gersfeld die Anweisung, auf jeden Fall die Kundgebung zu verhindern.**"

Wer ist für diese Anweisung aus Berlin verantwortlich? Niemand anders als der Innenminister Severing.

Der Sozialdemokrat Severing machte sich damit zum Werkzeug der bayrischen Faschisten-Regierung gegen die notleidende Rhön-Bauernschaft!

Der Landrat kam der Severingschen Anweisung mit Vergnügen nach.

Im Laufe des Vormittag des 14. Septembers sammelten sich in den Gaststuben und auf den Straßen von Gersfeld trotz aller Hetze und Warnungen etwa 400 Bauern. Teilweise hatten sie fünf- und sechsstundenlange Märsche schon zurückgelegt, um zur Tagung zu kommen. In den Straßen von Gersfeld stießen sie auf ein großes Aufgebot von Polizei und größere Trupps von Jünglingen in Hitler-Uniform. Die Bauern sahen, daß eine große Verschwörung gegen ihre Kundgebung angezettelt war, sie sahen, daß **Faschisten und Severing-Polizei** selbst zur **gewaltsamen Verhinderung ihrer Kundgebung** bereitstanden.

In den Gaststuben, in größeren Gruppen auf der Straße machten die Bauern ihrer Empörung Luft.

Auf die Kommunistenhetze antworteten die Rhön-Bauern mit einem Massenaufmarsch und überall erklärten sie: **„Wenn die Kommunisten sich für uns einsetzen, warum sollen wir dann nicht mit ihnen für unsere Forderungen eintreten, Wenn man die Kommunisten nicht sprechen lassen will zu uns, so wollen die Großen nur, daß wir ewig dumm bleiben. Jetzt erst recht müssen wir auf der Durchführung unserer Forderungen beharren."**

Bündnis der Arbeiter und werktätigen Bauern! Gemeinsamer Kampf gegen die kapitalistischen Ausbeuter und ihre Regierung, gegen die Verelendung der werktätigen Massen — das sind die Lehren der Bauernkundgebung in Gersfeld.

Werktätige Kleinbauern! **Marschiert im ganzen Reich an der Seite der Arbeiterschaft auf! Erhebt verschärften Protest gegen die Sprengung der Bauernkundgebung!**

Gruß an die landarmen Bauern, Siedler und Pächter Schlesiens!

Die Delegierten des Bezirks-Parteitages Schlesien nahmen Kenntnis von dem Notschrei der Kleinbauern in Frauenwaldau. Die Notlage der Kleinbauern wächst in Deutschland sich zur Katastrophe aus. Aus allen Gauen Deutschlands kommen die gleichen Hilferufe. In allen Teilen Deutschlands wird die Agrarkrise zur Katastrophe für die Kleinbauern.

Während den Junkern Liebesgaben in Form von Krediten, Steuerstundung und Lebensmittelzöllen gegeben werden, pfändet dieselbe Regierung, die Deutschland zur Kolonie werden ließ, die Kleinbauern, Pächter und Siedler wegen nichtbezahlter Steuern aus. Sie raubt ihnen dadurch ihre Existenzmittel, der gleiche Steuerraub also wie beim Land- und Industrie-Proletariat.

Daß Ihr Euch in Eurer Not an die KPD. gewandt habt, zeigt, daß Ihr erkannt habt, daß alle anderen Parteien Eure Interessen nicht zu vertreten gewillt sind.

Die Delegierten des Bezirks-Parteitages richten an Euch die brüderlichsten Grüße. Sie hoffen, daß das Band, das hier zwischen den landarmen Bauern und dem revolutionären Proletariat zum erstenmal geknüpft wurde, ein dauerndes wird. Sie hoffen, daß Ihr mit dem revolutionären Proletariat kämpfen werdet

gegen jede Ausbeutung,
gegen die Verelendung aller Schichten,
gegen Steuer-, Pacht- und Zinswucher,
gegen die Kolonisierung Deutschlands.

Es lebe die Einheitsfront in Stadt und Land!
Es lebt Sowjet-Deutschland!

Bezirksparteitag der KPD. Schlesien.

SPD.-Führer — SPD.-Arbeiter.

Leinert-Lohn.

1. Durch treue Dienste für die Bourgeoisie Pension jährlich	22 000	M.
2. Als Landtagsabgeordneter jährlich (schätzungsweise)	6 000	„
3. Als Landtagspräsident jährlich (schätzungsweise) . .	12 000	„
4. Als Aktionär?, Aufsichtsratmitglied? usw. jährlich .	???	
Außerdem eine Repräsentantenwohnung in Berlin im Herrenhaus (40 Zimmer) mit Dienerschaft und Auto		
jährlich Sa.	40 000	M.
Monatlich	3 333,—	Mark
Täglich (300 Arbeitstage)	133,—	„
Stündlich	16,62	„

Für 40 000 Mark Spaziergänge, Konzerte, Bourgeoisie-Vergnügungen.

Proletarier-Lohn.

Ungelernter Metallarbeiter: jährlich . . . . . (Breslau im Durchschnitt)	826,20	Mark
abzüglich Steuern, Versicherung und Krankenkasse . . (12 Prozent)	98,94	„
	727,26	Mark
Erwerbsloser mit Frau und 2 Kindern: jährlich	288,60	Mark
wöchentlich	5,55	„
täglich	—,92	„
stündlich	—,11½	„

Für Hungerlohn 10 Stunden Arbeitszeit und Margarinebrot.

Entscheide Dich!

Gehst Du weiter mit Leinert und der SPD. oder machst Du es wie die oberschles. SPD.-Arbeiter?

Breslau

Proletarische Kunstabende.

Sprecher: Artur Wiesner, Donnerstag abends 8 Uhr in der „Wratislawia" Mauritiusplatz.
Freitag abends 8 Uhr in den Zentralbasälen, Westendstr. Eintritt 55 Pfg.

Eine Massenvorführung von 2400 Schulkindern findet, wie uns der Magistrat mitteilt, nächsten Sonntag, den 21. September, nachmittags 4,30 in der Jahrhunderthalle statt. Die Breslauer höheren, mittleren und Volksschulen wollen zeigen, wie sie ihren Körper üben. Einen besonderen Reiz werden die Vorführungen unserer höheren und mittleren Mädchenschulen bieten; ist doch gerade die Frage der künftigen Gestaltung des Mädchenturnens sehr brennend geworden. Aber nicht nur eine Schauvorführung soll geboten werden, ein viel tieferer Gedanke liegt dieser Veranstaltung zugrunde, die Schlesische Nothilfe. Die städtische Schulverwaltung will zeigen, wie sich die einzelnen Schulen bemühen, durch eine sachgemäße Förderung die schweren Schäden der vergangenen 10 Notjahre an unserer heranwachsenden Schuljugend zu beheben. Die Kinder aber stellen ihre schwachen Kräfte in den Dienst der Sozialrentner, Kriegswitwen und -Waisen. Der gesamte Reinertrag fließt der Schlesischen Nothilfe und 75 vom Hundert davon der Stadt Breslau zu. Da die Eintrittspreise denkbar niedrig sind, kann sich jeder Breslauer Bürger an dieser Spende für die bittere Not der Kriegsjahre beteiligen, zugleich gewinnt er einen tiefen, vielleicht ergreifenden Einblick in die Arbeit an der Kräftigung unserer Jugend. Um allen Kreisen der Bevölkerung den Besuch zu ermöglichen, hat sich der deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen, Ortsgruppe Breslau, entschlossen, für alle Platzarten Kinderkarten zum halben Preise auszugeben, so daß die nicht beteiligten Geschwister bei den Eltern sitzen können. Der Vorverkauf findet bei Barasch, Kuschbert und Schönberg statt.

Aus der Provinz

Heraus zum Jugendtreffen

am 21. September 1924 auf der Schneekoppe.
Jugend- und Parteigenossen rüstet zur Teilnahme!

Schweidnitz. Die Ortsausschuß-Sitzung findet erst am Freitag, den 19. September, im Jugendheim, statt, da am 18. September Stadtverordnetensitzung ist.

Die IAH. verschickt Kinder von Streikenden.

Die Internationale Arbeiterhilfe, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, in allen Kämpfen der Arbeiterschaft um die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen aktiv helfend einzugreifen, hat Anfang voriger Woche acht Kinder der ausgesperrten Waldenburger Porzellanarbeiter nach Peisterwitz zur Erholung gebracht.

Dies ist der erste Schritt in Schlesien zur praktischen Solidarität zwischen Industrie und Land. Wir hoffen, daß diesem bald weitere folgen werden.

Hirschberg. Die SPD. in der Schützengilde. Die letzte Stadtverordnetenversammlung brachte manche interessante Punkte. Der SPD.-Mann Trepke hatte eine Vorlage einzubringen, nach welcher ein Ehrenpreis von 200 Mark für das Bundesschießen der Faschisten nachträglich bewilligt werden sollte. **Der SPD.-Mann befürwortete diese Vorlage, mußte jedoch erklären, daß er sich der Stimme enthalte, weil er selbst Mitglied** (man höre genau zu) **der Schützengilde sei.** Bei der Abstimmung hatte die SPD.-Fraktion wohl nicht die Courage, dafür zu stimmen, nachdem unsere Genossen die Vorlage scharf bekämpft hatten. Das offene Herz des Magistrats war ganz zu Eis erstarrt, als unsere Fraktion bei der Erhöhung der Forstarbeiterlöhne um 10 Prozent eine solche von 25 Prozent beantragten. Für die wohlfahrtstriefenden Bürger waren dies Agitationsanträge nach außen, welche das Stadtsäckel unnötig belasten, wenn auch nur vier Mann dabei in Frage kommen. Anders war es jedoch bei einer Erhöhung der Lehrstundengelder für Gewerbelehrer in ihrer außerberuflichen Tätigkeit, von 1,50 Mark auf 2 Mark. Dies war notwendig. Wahrscheinlich ist der „Geist" auch in der Ebertinischen Republik nicht mit Margarine großzuziehen. Etwas anderes bei den Proleten. Für ihren Geist ist Affenfett genug. Eine Auffrischung ihrer geistigen Kenntnisse macht sie nur revolutionär.

Den Proleten von Hirschberg ist zu empfehlen, recht oft und zahlreich die Stadtverordnetenversammlung zu besuchen. Manchem werden dabei die Augen aufgehen für das mitfühlende Herz seiner deutschen Volksgenossen, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, von den Schwarz-weiß-roten bis zu den Schwarz-rot-goldenen, denn in der Schützengilde finden sie sich alle wieder.

Wieder ein neues Kampfbanner eingeweiht.

Die Ortsgruppe Groß-Mochbern bei Breslau feierte am Sonntag, den 14. ihre Fahnenweihe. Breslauer Genossen, welche 2 Uhr nachmittag vom Sammelplatz nach Groß-Mochbern abmarschierten, trafen unter dem Gesang revolutionärer Lieder gegen 4 Uhr ein. Auch einige Genossen von den umliegenden Ortsgruppen fanden sich ebenfalls ein. Um 6 Uhr abends begann die eigentliche Fahnenweihe. Der Vorsitzende der Mochberner Ortsgruppe begrüßte die Genossen, darauf hielt Genosse König die Fahnenrede, in der er auf die historische Bedeutung der roten Fahnen von Anbeginn der Arbeiterbewegung bis zum heutigen Tage hinwies. Er schloß seine kernige Rede mit den Worten: „Das Banner steht, wenn der Mann auch fällt." Mögen dies die Groß-Mochberner Genossen beherzigen. Darauf nahm Genosse Adelt das Wort und überbrachte die proletarischen Grüße und Glückwünsche im Namen der Breslauer Ortsleitung und der Ortsgruppe. Er wies mit kernigen Worten auf die Bedeutung der neuen Fahne hin und überreichte sie dann der Groß-Mochberner Ortsgruppe als Symbol des Kampfes und zur Sammlung der proletarischen Klassengenossen. Der Breslauer Gesangchor der Kommunistischen Partei füllte den Abend mit revolutionären Liedern aus. Wiesner brachte einige revolutionäre Rezitationen zu Gehör, welche mit dazu beitrugen, den revolutionären Charakter des Abends zu verstärken. Auch die KJ. war stark vertreten.

Tschechen b. Königszelt. Schikanen gegen Arbeitersportler. Seit dem Bestehen von Wehrwolf und Blechheim werden die hiesigen zwei Arbeitervereine öffentlich schikaniert und die Herrschaften können sich brüsten, uns aus dem Lokale des Herrn Hornig gedrückt zu haben, denn Herr Brauereibesitzer Hornig hat ihnen den Gefallen getan und beiden Vereinen das Lokal entzogen. Dem Arbeiter-Gesangverein wurde bei der vorletzten Gesangstunde das Singen verekelt, indem Herr Hornig es für nötig befunden hatte, die Saallatrinen zu leeren. Dem Arbeiter-Radfahrerverein wurde das Lokal entzogen, als gerade die neuen Frisch-Auf-Saalräder eingegangen waren, um diesen Sport zu unterbinden und Mitglieder in den Blechheim zu ergattern. Der Arbeiter-Radfahrerverein hat sein Lokal jetzt in Königszelt und geht der Sport gut vorwärts. Auch der Gastwirt zum Erichskretscham, Herr Weiß, weigert sich, die Arbeitervereine aufzunehmen, angeblich, weil dieselben ihr Geld vier Jahre beim andern gelassen haben. Also, klassenbewußte Arbeiter, Arbeitersänger und Arbeitersportler in der Umgebung von Tschechen, hauptsächlich von Königszelt, Puchau, Peterwitz und Stanowitz, keinen Groschen diesen Gastwirten, die jetzt denken, an den kleinen und großen Wehrwölfen genug zu verdienen, und die Arbeiter auf die Straße werfen.

Trotz alledem geht es vorwärts!

Wer sind die „ehrenwerten" Bürgen?

Aus der Waldenburger Stadtbankkloake.

Das Geld nicht gefährdet, nur die Rückzahlung.

Da ist zuerst der Geldvermittler Püttmann, welcher den Wechsel ausstellte. Der Obergauner Rühle stellt diesem Mann das Zeugnis eines fleißigen, ehrenwerten Mannes aus, der auch sein Geschäft verstehe und gut vorwärts gekommen sei. Wie gut er sein Geschäft versteht, geht schon daraus hervor, daß er einer der Hauptaktionäre der Bayrischen Wirtschaftsbank ist und als solcher sehr viel bei der Wirtschaftsbank verdient hat. Nicht nur der Hauptaktionär ist dieser Schieber aus der Stadt Noskes, Leinerts und Haarmanns, er ist auch derjenige, der mit Hilfe von Rühle und Erdmann das Ding so drehte, als ob die Stadtbank Waldenburg das große Geschäft mache, während in Wirklichkeit die Gelder von den Sparkassen über Waldenburg nach München gingen. Erst dort fraßen sich die Waldenburger Maden am Münchener Speck gehörig satt. Direkt wollten sie die Räubereien nicht machen, da es zu schnell entdeckt worden wäre.

Mit diesen Sparkassen muß es auch nicht weit her sein, denn sie stehen mit Püttmann schon länger in Verbindung; kannten sicher die Methoden und Schiebereien Püttmanns, von dem Herr Rühle sagt, „er versteht sein Geschäft und ist gut vorwärts gekommen". Skrupellos, nur auf seine eigene Tasche bedacht, ging dieser Püttmann vor, die fälligen Zinsen, welche die Wirtschaftsbank nicht einmal für ihre Darlehen bezahlte, ließ Püttmann auf sein Konto schreiben und blieb diesen Betrag von ca. **Mk. 62000!** bis heute schuldig. Die Provision für die Besorgung der Gelder aber, an deren Verschiebung nach München er das meiste Interesse hatte, ließ er sich sofort auszahlen. Jetzt, wo er selbst zahlen soll, erklärt er, daß er keine flüssigen Mittel habe. Die Stadtbank gibt vorsichtig zu, daß die Mk. 60000 wohl nicht gefährdet, wohl aber die Zurückzahlung eine längere Zeit erfordern werde. Die 62 000 Mk. sind nicht gefährdet, nur . . . ihre Rückzahlung. Püttmann denkt nicht daran, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Vor Gericht wird er, genau so skrupellos wie er schiebt erklären, er habe kein Geld. Das ist der größte Strolch, der mit Hilfe von Rühle, Erdmann und den anderen Waldenburger Maden die Stadt um Millionen ärmer machen half.

Die Hofräte mit dem Klempnerladen.

Der erste Bürge ist ein Geh. Hofrat F. Hermann Illgen, Dresden-Blasewitz, ebenfalls Aktionär der Wirtschaftsbank, von dem folgende Auskunft vom 14. April in den Akten der Stadtbank vorliegt: „Illgen besitzt ein eigenes Grundstück in Dresden-Blasewitz, Residenzstraße 4, ist von Beruf Apotheker, hat seine Apotheke in Kötschenbroda gut verkauft und beteiligte sich seitdem als Bauherr, unter anderem am Kaiserpalast am Pirnaischen Platz, großes Eckgrundstück Sachsenplatz 1 und gelangte durch große Unternehmungen in kurzer Zeit zum Wohlstand. Die Bürgschaft von Mk. 1 200 000 gilt als gesichert. Eine ziffernmäßige Vermögensangabe ist unmöglich. Es wurde ihm der Titel Geh. Hofrat für seine Verdienste für die Allgemeinheit verliehen(!).

Der 2. Bürge ist ein ebensolcher Gauner. Ueber ihn liegt eine Auskunft vom Verein für Kreditreform vom 14. April vor (die Namen der Inhaber werden vorsichtigerweise nicht angegeben). Hofrat Otto Hecht, Dresden-Blasewitz besitzt ein eigenes Grundstück, Deutsche Kaiserallee 38. Der Titel wurde ihm für seine Verdienste für die Allgemeinheit verliehen(!) Er gilt als vermögend. Ob die Bürgschaft aus eigenen Mitteln gedeckt werden kann, ist fraglich(!) Ruf und Zuverlässigkeit Ziedoch ist außer jedem Zweifel. Er würde aber nicht über den Rahmen seiner Verhältnisse gehen."

Der Dritte im Bunde dieses Wechselgaunerkollegiums ist der stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrats Herr Eichler, über den gar keine Auskunft eingeholt wurde. Er galt bei Rühle, als sein getreuer Aufsichtsratskumpan, von vornherein für sicher.

Um offiziell der Stadtbank Waldenburg über die schmerzliche Tatsache hinwegzuhelfen, daß die 1 200 000 Mk. gepumpten Gelder längst verloren waren, zahlte Püttmann am 4. und 11. April, an den Tagen als die Zinsen für die 1 200 000 Mk. für 2 Monate fällig waren, freundlicherweise die Zinsen, blieb aber den Betrag für die Zinsen (ca. Mk. 62 000) schuldig. Am 15. April, die 1 200 000 Mk. waren erst am 2. resp. 12. Mai fällig, schrieb Hofrat Haebler (gleichzeitig im Auftrage von Geh. Hofrat Illgen) an die Stadtbank, daß sie bei der Aufstellung ihrer Vermögenssteuererklärung gesehen haben, daß sie

bettelarm wären, und daß sie ihre Wechselunterschriften nur unter bestimmten Voraussetzungen gegeben hätten, die nie erfüllt seien, und daß sie deshalb ihre Unterschriften weder für rechtlich verbindlich und wirtschaftlich für wertlos halten.

Direktor Rühle erklärte natrlich, aus den Akten sei ein Vorbehalt und vereinbarte Voraussetzungen nicht zu ersehen. Das wollen wir gern glauben, denn solche unerhörten Schwindereien legt man so wenig wie möglich schriftlich nieder, um jedes gerichtliche Eingreifen zu verhindern.

Ebenso zog am 30. Mai der stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrates der Wirtschaftsbank Eichler seine Unterschrift vom Wechsel zurück, da auch bei ihm Zusicherungen und Vereinbarungen nicht eingehalten seien.

Vom Reichtum ins Elend.

Alles das sind die Leute, die Orden, Ehrenzeichen, Ehrentitel vom deutschen Staate erhielten und dabei so wunderbare Ehrenmänner sind. Sie laufen mit dem Klempnerladen auf der Brust herum, wegen „besonderer Verdienste für die Allgemeinheit", werden vom Bürgertum geachtet und geehrt und lassen die hunderttausendfache Zahl Menschen Hungers sterben, indem sie ihr letztes Erspartes verspekulierten und verschieben, als der schlimmste Raubmörder tötet. Diese ehrbaren Leute plündern Millionen Menschen aus. Sie geben Wechsel, unterschreiben frisch und fröhlich Blankoakzepte, die genau soviel wert sind, wie ein Zehnmilionenschein, den man zum Hinterabwischen benutzen kann. Ein Wechsel ist ein Papier, hinter dem feste Werte stehen müssen, die keinen großen Geldschwankungen unterworfen sind, sollen sie einen Wert haben. Hinter einem Wechsel müssen Grundstücke, feste Werte von Bürgen stehen, bevor überhaupt mit ihm etwas anzufangen ist. Hier stand nichts dahinter. **Obwohl die Bürgen nach der Auskunft bedeutende Vermögen besitzen, erklären sie sich später für „beitreibarm" und kein Gericht wird sie zwingen können,** für die 1 200 000 Mk. mit ihrem Vermögen einzutreten. Denn die Justiz ist für das RRecht der Reichen und für das Unrecht der Armen.

Die Art und Weise, wie diese Betrügereien unter der Zustimmung des Oberhauptes der Stadt Waldenburg ausgeführt wurden, ist ein Skandal, der dem großen Panamaskandal in nichts nachsteht. In Deutschland ist seit 1914 ungeheuer geschoben, betrogen und geraubt worden, aber solche offenkundigen Millionenbetrügereien auf Kosten des Mittelstandes und der Arbeiterschaft, wie ihn die Aktionäre der Wirtschaftsbank mit den Geldern der Stadt Waldenburg ausführten, sind einzigartig in der deutschen Skandalchronik. Taufführten sind einzigartig in der deutschen Skandalchronik. Die deutsche Bourgeoisie ist korrumpiert bis auf die Knochen.

(Fortsetzung folgt.)

Macht die Augen auf.

Die „Liegnitzer Volkszeitung" bringt in ihrer Dienstagentur eine Notiz über den neuesten KPD.-Trick. Dieses Käseblättchen leugnet ab, daß in Oberschlesien 21 Ortsgruppen der SPD. zur KPD. übergetreten sind.

Der SPD.-Trick kommt zu spät, denn selbst schon das amtliche WTB. meldet schon den Vereinigungsparteitag vom vergangenen Sonntag.

Die heutige Waldenburger Stadtverordnetensitzung.

Auf die heutige Sitzung ist jeder Einwohner Waldenburgs gespannt. Obwohl die bürgerliche und sozialdemokratische Presse versucht, den Anschein zu erwecken, daß der Stadtbankskandal erledigt ist, gärt es in den Reihen der Stadtväter gewaltig. Die Bürgerlichen haben ihre bisherige öffentliche Hetze in die kleinen Zirkel ihrer vielen Vereine gelegt und halten dort Vorträge über die Angelegenheit. Jeder flüstert dem anderen geheimnisvolle Dinge ins Ohr.

Die Tagesordnung zur heutigen Sitzung läßt eine Behandlung der Stadtbank-Angelegenheit nicht ahnen, doch nach unseren Informationen wollen die bürgerlichen Fraktionen und die sozialdemokratische Fraktion Erklärungen abgeben. Dabei werden sehr interessante Dinge zum Vorschein kommen.

Laubaner Eisenbahner gegen ihre Entrechtung.

Die am 11. September 1924 tagende öffentliche Eisenbahner-Versammlung protestiert auf das Entschiedenste gegen das im Reichstag beschlossene Eisenbahngesetz. Die Versammelten sehen in diesem Gesetz, welches die deutschen Eisenbahner an das internationale Kapital, unter der Führung des amerikanischen Bankiers Morgan, ausliefert **eine vollständige Entrechtung und Versklavung der Eisenbahner.** Die Versammelten sprechen den politischen Parteien, welche ihre Zustimmung zu dem Dawesgesetz gegeben haben, ihr schärfstes Mißtrauen aus und geloben mit aller Energie gegen die, durch das angenommene Dawesgutachten drohende Entrechtung zu kämpfen und machen sich die sieben Punkte der Gewerkschaftsopposition zu eigen und werden mit allen Mitteln für die Durchführung sorgen.

Vom Tage.

Landtagsneuwahlen. Die Koalitionsparteien des Preußischen Landtags haben sich geeinigt, Anfang Februar 1925 die Neuwahlen zum Preußischen Landtag festzusetzen.

Stresemann hat sich erholt. Der Herr Reichsaußenminister hat sich auf seinem Urlaub soweit erholt, daß er wieder die deutsche Republik nach außen hin zu repräsentieren sich stark genug fühlt. Wir wünschen ihm viel Glück und wenig Aerger.

Revolution in Rußland? Die bürgerliche Presse verbreitet wieder Spitzelmeldungen von „Aufständen" in Sowjet-Rußland. Wir wünschten nur, daß es in Deutschland so aufwärts geht wie in Rußland.

Die Teuerung steigt. In der letzten Woche hat sich die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten um 0,9 Prozent gegenüber der Vorwoche erhöht. Sie beträgt also heute bereits das 1,16millionenfache der Vorkriegszeit.

Kommandierte Stehauf-Männchen. Die berühmten „Nein"-Sager der Stehauf-Fallum-Männchenpartei, der Deutschnationalen, wurden schon vor der Abstimmung am 29. August namentlich abkommandiert, so daß man es mit einer wohlvorbereiteten Aktion zu tun hat.

Wieder 20 Millionen Goldmark abgeführt. Gestern wurde die laut Dawesplan fällige zweite Rate von 20 Millionen Goldmark an den Agenten für Reparationszahlungen abgeführt. Auf der anderen Seite ist aber trotz aller Versprechungen noch kein Pfennig Anleihe eingelaufen.

Die Hohenzollern werden frech. Wilhelm II., der flüchtige Holzjäger von Amerongen, erhält seit 1. Januar monatlich 50 000 Goldmark. Aber auch das genügt dem „glorreichen" Kaiser und Kriegsverlierer nicht. Er verlangt außerdem 400 000 Morgen Grundbesitz. Die Hohenzollern haben sich schon seit jeher als großzügige Raffies erwiesen.

Immer neue Stillegungen. Im Ruhrgebiet sind bis jetzt 23 Zechen der südlichen Randgebiete stillgelegt. In der ersten Septemberwoche wurden 113 524 Feierschichten eingelegt. In Berlin waren in der letzten Woche über 100 000 Personen arbeitslos.

Blutige Kämpfe in Tunis. Die eingeborenen Arbeiter in Tunis und Bizerta stehen seit vier Wochen im Streik und führen ihn trotz der Herriot-Polizei weiter. Am 10. kam es zu einem blutigen Kampf, in dem die waffenlosen Streikenden natürlich starke Verluste hatten. Aber auch die Herriot-Polizei und die Unternehmer hatten starke Verluste.

Streiks in Süd-Afrika. Die Bau- und Bergarbeiter des Transvaal haben eine Lohnerhöhung von 20 Prozent verlangt. Die Unternehmer und die Regierung haben die Verhandlungen abgelehnt.

Die Reformisten am Werk — in Wien. Der Metallarbeiterstreik, der bis jetzt über 100 000 Streikende umfaßt, soll durch die Gewerkschaftsführer abgewürgt werden. Bis jetzt aber bewahrte die Vorhut der Arbeiterschaft der Völkerbundskolonie Oesterreich ihre geschlossene Kampfeskraft.

Der britische Gewerkschaftskongreß.

Von Harry Pollitt.

Der 56. Gewerkschaftskongreß der britischen Gewerkschaften in Hull brachte Entscheidungen, die für die ganze Arbeiterklasse von größter Wichtigkeit sind. Zum erstenmal seit seinem Bestehen mußte sich der Kongreß mit der Frage der internationalen Gewerkschaftsorganisationen beschäftigen. Er mußte die Frage aufrollen, welche Haltung der britische Gewerkschaftskongreß einnehmen muß gegenüber der Lebensfrage der Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Auf dem Wiener Kongreß der Amsterdamer Internationale mußte die britische Delegation sich gegen die deutschen französischen und belgischen Gewerkschaftsführer wenden, die die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung sabotierten. Die englische Delegation nahm diese Stellung nicht nur deshalb ein, weil die Führung der britischen Gewerkschaften eine Linkswendung durchgemacht hat, sondern vor allem, als Folge der ungeheueren Propagandaarbeit, die die Oppositionsgruppen unter Führung des britischen Büros der RGI. für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung geleistet hatten.

Die britische Delegation wußte, daß sie über ihre Arbeit auf dem Wiener Kongreß zur Verantwortung gezogen würde, auf dem Gewerkschaftskongreß in Hull, der kurz darauf stattfinden sollte. Es ist ein offenes Geheimnis, daß viele der britischen Delegierten heftig kämpften gegen die deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Tillett von den Transportarbeitern und Bromley von den Eisenbahnern machten kein Geheimnis daraus, was sie über die Haltung der deutschen Sozialdemokraten dachten.

In Hull wurde diese Einstellung gebührend gekennzeichnet, durch die Oppositionsbewegung, die sich auf dem Kongreß zusammenfand. Der Kongreß mußte die Tatsache berücksichtigen, daß die RGI. nicht nur besteht, sondern daß sie auch ein Machtfaktor ist, mit dem man rechnen muß. Er mußte anerkennen, daß ebenso, wie die englischen Gewerkschaften sich an Amsterdam, so die russischen Gewerkschaften an die RGI. sich gebunden fühlen. Durch die gegenwärtige Weltlage, insbesondere durch die neuen Konflikte, die durch die Annahme des Sachverständigenplanes entstehen, werden die Arbeiter der ganzen Welt zu neuen Kämpfen gezwungen, die sie nicht erfolgreich führen können, wenn nicht alle Arbeiter in Gewerkschaften organisiert und diese unter eine einheitliche internationale Führung gebracht sind. Diese Aufgabe kann nur durch eine allgemeine internationale Konferenz geleistet werden, auf der die verschiedenen Organisationen, gleichgültig, ob an Amsterdam oder Moskau angeschlossen, vertreten sind.

Dieser Vorschlag wurde noch von mehreren Diskussionsrednern ergänzt und erhielt derartige Unterstützung auf dem Kongreß, daß die Führer des rechten Flügels besorgt um ihre Position versuchten, die Diskussion auf ein persönliches Geleise zu schieben, indem sie erzählten, daß einige Oppositionelle sich Moskau unterworfen hätten. Schließlich glückte es ihnen, die Abstimmung über diese Frage zu verhindern, indem der Kongreß zum nächsten Tagesordnungspunkt überging.

Am nächsten Tag wurde die Sache wieder auf die Tagesordnung gebracht, als eine Resolution eingebracht wurde, deren Annahme den Kongreß verpflichtet hätte, nach den Richtlinien der Minderheit zu arbeiten. Der rechte Flügel mischte sich wieder ein, ein Tumult entstand und ein Entschuldigungsgrund wurde gefunden, um die Resolution dem Kongreß gar nicht vorzulegen. Dies ließ die Frage der Einheitsbewegung offen.

Am Donnerstag, als einer der Sprecher der Internationalen Amsterdamer Organisation der Sekretär der Amsterdamer Internationale, Oudegeest, sprach, machte er nicht Tomsky, der Vertreter der russischen Gewerkschaften, der mit ungeheurem Beifall empfangen wurde. Trotz der Schwierigkeiten der Uebersetzung seiner Rede aus dem Russischen ins Englische wirkte seine Rede außerordentlich begeisternd auf die Delegierten. Seine klare Analyse der Weltlage, seine Rede über die Haltung der russischen Gewerkschaften, über die neuen Kämpfe, die den Arbeitern bevorstehen, und über die Notwendigkeit einer einheitlichen internationalen Gewerkschaftsorganisation stand im Mittelpunkt des Kongresses.

Als dann Begrüßungstelegramme der französischen roten Gewerkschaften, der deutschen Gewerkschaftsopposition und der Transportarbeiter-Internationale verlesen wurden, gab der Präsident des Kongresses, Purcell, folgende Erklärung ab:

„Ich muß die Gelegenheit benutzen, dem Kongreß die Tatsache vor Augen zu führen, daß wir jetzt beinahe von allen Organisationen auf dem Kontinent, wo die Gewerkschaftsbewegung zersplittert ist, Erklärungen empfangen haben, daß sie vom Britischen Gewerkschaftskongreß eine Demonstration für die uns so notwendige Einheit erwarten. Die deutschen, italienischen und jetzt auch die französischen abgesplitterten Gewerkschaften haben diesen Wunsch nach Einheit ausgedrückt. Wenn unsere Bewegung ihre große Aufgabe erfüllen soll, müssen wir etwas tun, um diesem Verlangen zu entsprechen. In keinem Lande besteht eine so feste Einheit wie in England und es scheint mir daher die Pflicht des Kongresses zu sein, daß ohne formale Resolutionen und ohne lange Diskussionen Schritte unternommen werden, welche die verschiedenen Elemente der Gewerkschaftsbewegung zusammenbringen sollen, um jene Solidarität zu schaffen, die den Weltfrieden bringen soll. Ich möchte daher dem Kongreß nahelegen, daß er den Generalrat ermächtigt, mit Hilfe der Amsterdamer Internationale alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um diese Gruppen zusammenzuführen."

Der Kongreß stimmte einstimmig zu. Dadurch hat er sich festgelegt für die internationale Einheit, außerdem hat er damit den Generalrat verpflichtet, die Amsterdamer Internationale zu zwingen, die Angelegenheit zu beschleunigen.

Diese Entscheidung ist von der größten Wichtigkeit. Die oppositionelle Gewerkschaftsbewegung in England wird jetzt eine Kampagne für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung führen, die den Generalrat der britischen Gewerkschaften zwingen soll, mit der Stellung dieser Frage sofort zu beginnen.

Angesichts dieser Entscheidung von Hull wird es den Amsterdamer Reaktionären immer schwerer werden, die RGI. und die ihr angeschlossenen Organisationen zu übersehen.

Der erste Schritt zur Einheit und das Auftreten einer straff organisierten Minderheitsbewegung mit eigenem Programm sind die wichtigsten Ergebnisse des Gewerkschaftskongresses in Hull.

Verantwortlich für den gesamten Text: Rudolf Belke, Breslau; Inserate: Artur Müller, Breslau; Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Peuvag-Berlin, Filiale Breslau.

Theater

Mittwoch, 17. 9. 1924:
Stadttheater „Aida"
Lobetheater „Frauenschlacht."
Thaliatheater „Tragische Nacht."
Schauspielhaus „Glück im Winkel."
Liebich-Theater Varieté-Vorstellung.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Ring 2545.
Heute und täglich 8 Uhr:
„Das Weib im Purpur"
Sonntag, 14. Septb., nachm. 3½ Uhr:
„Drei alte Schachteln."

Victoria-Theater.
Der
Hinkemann
von
Ernst Toller.
7 Aufzüge.

Amtl. Bekanntmachung von Gottesberg.

Oeffentliche Mahnung.

Sämtliche Steuerpflichtige, die noch mit der Zahlung der nachstehenden Steuern **(Staatl. Steuer vom Grundvermögen, Gemeindezuschlag zur Steuer vom Grundvermögen, Hauszinssteuer, Gewerbesteuer, Fremdenschutzgeld und Hundesteuer:)** für Monat September 1924 im Rückstande sind, werden hiermit aufgefordert, dieselben umgehend bis **Montag, den 22. September 1924, während der Kassenstunden — 8½ bis 12 Uhr vormittags** — an die hiesige Stadthauptkasse (Steuerkasse)) zu zahlen. Nach Ablauf dieser Frist wird unnachsichtlich zur Einziehung im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens geschritten werden. Eine Behändigung von Mahnzetteln findet nicht statt.

Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Steuerkasse jeden Mittwoch und Sonnabend geschlossen bleibt.

Gottesberg, den 15. September 1924.

1912 **Der Magistrat.**
König.

Infolge Vornahme von Reparaturen im städtischen Schlachthofe wird derselbe am Freitag, den 19. September 1924, geschlossen gehalten.

Die erforderlichen Schlachtungen können am Donnerstag, den 18. September 1924 vorgenommen werden.

Gottesberg, den 13. September 1924.

Der Magistrat.
König.

Einen neuen Leser, Genosse!

Eine sehr billige **Zufallsofferte**
in
Holsteiner Dauerwurst
und
Schweizer Vollfettkäse

die ich umständehalber so billig erworben habe, daß ich wie folgt, solange Vorrat reicht, verkaufen kann:

Holsteiner Dauerwurst 1/1 per Pfund Mark 1.20
Schweizer Vollfettkäse 1/2 per Pfund Mark 1.60

Nach auswärts bei Abnahme von 9 Pfund (Postkolli) freie Verpackung und freie Zusendung.

Ich bin überzeugt, daß dieses Angebot meiner verehrten Kundschaft sehr willkommen sein wird und empfehle recht schnelle Käufe, da die beiden Posten Ware, obschon dieselben sehr groß sind, doch, zufolge der Preiswürdigkeit, schnell vergriffen sein werden.

Lebensmittel-Großhandlung
Max Schönfelder
Breslau I, Albrechtstraße 56.

Genossen! Sammelt eifrig Inserenten!

Wo inseriert man am vorteilhaftesten? Nur in der Schlesischen Arbeiter-Zeitung.

Achtung!
Rasieren, Haarschneiden
Paul Volkmer
Hirschberg, Siebmarktstr. 14, 1. Etg.
Bedienung unter Tagespreis.

936
Bettwäsche und Betten
Leihhaus
Trebnitzer Str. 21

Leihweise elegante
Frack- und Rock-Anzüge
H. Mohaupt
Karlstr. 1, 1. Tel. R. 1301, frh. Albrechtstr.

Versammlungskalender

Breslau. Achtung, Zellenobleute. Gesamtzellensitzung Montag, den 22. September, abends 7.30 Uhr, Grünstraße, im bekannten Lokal.

Freiburg. Sonnabend, den 20. September, abends 7 Uhr, im „Blücher", Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht vom 5. Weltkongreß. Referent Gen. Franz.

— K. J. Freitag, den 19. September, 7.30 Uhr, im Minoritenhof, Mitgliederzusammenkunft. Alles erscheine wegen Sonntag.

Gewerkschaften

Freigewerkschaftliches Jugendkartell. Donnerstag, den 19. September, abends 7.30 Uhr, Heimabende in den Schulen Matthiaskunst, Breckauer Straße, Yorkstraße.

Andere Organisationen

Altwasser. 4. Bezirk. Sonntag, den 21. September, vormittags 8.30 Uhr, findet in der Turnhalle Altwasser (Nähe Johannesbrücke) eine Bezirks-Vorturnerstunde statt. Sitzung im „Eisernen Kreuz". Jeder Verein muß vertreten sein.

Dieser Bestellzettel ist der dortigen Post bezw. dem Postboten auszuhändigen.

Bestellzettel.

Unterzeichneter bestellt hiermit für Monat **Oktober 1924**

bei der Postanstalt in .....

..... Exemplare der Zeitung

„Schlesische Arbeiter-Zeitung"

zum Preise von monatlich 2.25 Mk. zur Lieferung ins Haus.

Name .....

Stand .....

Wohnung .....

Waldenburg-Altwasser

Bahnhofs-Drogerie
H. HELLMANN
Altwasser
Drogen, Farben, Chemikalien
Seifen und Parfumerien

Papierhaus
FRITZ GRUHN
Sandstraße 3

Paul Hiltman
Waldenburg-Altwasser
Charlottenbrunner Straße Nr. 164
empfiehlt seine
Polster- u. Lederwaren
Eigene Werkstatt

Konfektionshaus
Max Silbermann
Herren- und Knaben-Bekleidung

Photographie
Kurt Moi
Rathausplatz 10
Anfertigung von erstklassigen Aufnahmen u. Vergrößerungen

P. Heinr. Sindermann
Altwasser
Charlottenbrunner Straße Nr. 24
Weiß-, Woll- u. Schnittwaren

Waldenburger Waffen- und Fahrradhaus
Maschinen-Reparatur-Werkstatt
Kolbe & Guder
Ober-Altwasser
Charlottenbrunner Straße Nr. 152
Telephon 741

Karl Otto
Altwasser
Charlottenbrunner Straße 53
Arbeitsschuhe
Ledersohlen und Schnellbesohlanstalt

D. KORN
Waldenburg, Friedländer Straße 10
Herren-Konfektion
Alleinverkauf der Firma Louis Mosberg, Bielefeld

Kolonialwaren
Zigarren und Zigaretten
empfiehlt
Georg Sindermann
Altwasser, Breslauer Strasse 58

Kaufhaus Max Holzer
Waldenburg
Friedländer Strasse 10

Reserviert

Paul Brauner, Warenhandlung
Waldenburg-Altwasser
Breslauer Straße Nr. 60
Jeder Raucher probiere meine Rauchwaren
Jede Hausfrau versuche bei mir Wolle, Zwirn, Garn, Seifen und andere Hausgebrauchsartikel

Bericht vom Bezirksparteitag Schlesien.

(Schluß.)

Diskussion.

Nach dem Referat des Genossen Scholem erstattete die Mandatsprüfungskommission ihren Bericht. Der Breslauer Ortsgruppe wurden 3 Delegierte aberkannt, denen aber nach längerer Debatte vom Bezirksparteitag gestattet wurde, mit beratender Stimme an der Tagung weiter teilzunehmen.

In der Diskussion sprach Genosse Fröhlich. Er griff im Namen der Bezirksleitung das Sozialisierungsgesetz an, das die Reichstagsfraktion der KPD. eingebracht hatte. Dadurch daß die Sozialisierung nicht als Kampfparole an die Arbeiterschaft ausgegeben, sondern in Gesetzesform dem bürgerlichen Parlament zur Annahme vorgelegt wird, werden gefährliche demokratische Illusionen in der Arbeiterschaft wachgerufen und gestärkt. Er verglich das Vorgehen unserer Fraktion mit der „Verankerung der Räte in der Verfassung", wie sie einst die Ulsepeter forderten.

Genosse Hamann verteidigte die Einbringung des Sozialisierungsgesetzes und verglich es mit dem Amnestieantrag unserer Reichstagsfraktion. Er trat dem Genossen Scholem in der Frage der revolutionären Perspektive entgegen.

Genosse Standke sprach über die alten SPD.-Traditionen in Schlesien über die Schäden der Illegalität und griff die jetzige Zentrale wegen ihrer Stellung in der nationalen Frage anläßlich des Ruhrkampfes an.

Darauf wurde die Tagung geschlossen. Am nächsten Morgen wurde die Diskussion fortgesetzt. Genosse Standke, der wegen der Aberkennung dreier Mandate der Ortsgruppe Breslau disziplinlos die Tagung verlassen und nach Hause gefahren war, obwohl er Führer der Delegation war, wurde daraufhin vom Bezirksparteitag aus der Partei ausgeschlossen.

Genosse Rotter billigte die politische Linie der Bezirksleitung, griff diese jedoch an, weil ihr ein Überblick über die Funktionäre fehle und sie das Waldenburger Revier, außer in der Kampfzeit vernachlässigt habe. Die Betriebszellen- und Betriebsrätearbeit müsse verstärkt werden.

Genosse R. bestritt Scholems Behauptung, daß die europäische Revolution ohne China nicht siegen könne. Er wies auf die schwere wirtschaftliche Krise hin, die zum Teil die Arbeiter entmutige, und auf die demokratischen Illusionen, die oft das Verständnis für das Verhalten unserer Reichstagsfraktion erschwert. Er verlangte von den Sekretären ein größeres Interesse und Entgegenkommen für die Forderungen und Wünsche der einzelnen Genossen, die eigens zur Bezirksleitung kämen, sich Rat zu holen.

Genosse Fröhlich erklärte, daß ein Amnestieantrag von einem bürgerlichen Parlament angenommen werden könne, ein revolutionäres Sozialisierungsgesetz jedoch niemals. Deswegen könne man diese Dinge nicht miteinander vergleichen.

Genosse Richard hielt es für notwendig, zur Grundlage unserer Propaganda eine kurze revolutionäre Perspektive zu machen. Auch er verurteilte das Sozialisierungsgesetz, das eine Konzession an die Mißstimmung der Massen sein. Er hielt belehrende Kurse in dieser Zeit für unangebracht, da es gelte erst die Organisation aufzubauen.

Genosse Obst betonte die Wichtigkeit der Gewerkschaftsfrage und bedauerte, daß die Thesen vom 5. Weltkongreß noch nicht vorlägen und ihnen noch keinen Bericht vom Kongreß gegeben worden sei. Das Sozialisierungsgesetz sei sehr geeignet für revolutionäre Agitation.

*

In seinem Schlußwort erklärte der Vertreter der Zentrale, Genosse Scholem, daß die Forderung der Sozialisierung in Gesetzesform im Reichstag eingebracht werden mußte, weil das die einzige Möglichkeit war, die Besprechung unserer Forderung zu erzwingen und die wahre Stellung der Sozialdemokratie zur Sozialisierung den Massen zu enthüllen. Die Verbindung des proletarischen Klassenkampfes mit der Aufstandsbewegung der Kolonialvölker ist eine unbedingte Voraussetzung für den Sturz des Imperialismus, wie es Lenin gelehrt hat. Wenn wir auch eine lange Perspektive für wahrscheinlich halten, so geben wir damit unseren Glauben an die Revolution und ihren Sieg nicht auf. Immerhin müssen wir uns darüber klar sein, daß es länger dauern kann, bis die Arbeiterschaft, besonders ihre oberen Schichten, die verheerenden Folgen des Dawesplanes erkennen. Die Fertigindustrie wird zuerst bankerott machen. Bei der Ausnutzung der nationalen Bestrebungen ehrlicher Patrioten des Bürgertums war die damalige Parteilinke im Gegensatz zu den Brandlerianern niemals in die Fehler der Schlageterei verfallen. Die Heranbildung eines bolschewistischen Funktionärstammes ist eine Aufgabe, die durchzuführen viele Jahre und schwere Opfer erfordert. Hier in Schlesien bilden in der Hauptsache jüngere Genossen unseren Funktionärstamm. Wir müssen versuchen auch hier ein bolschewistisches Führerkader heranzubilden, das nicht nur bei den Genossen, sondern auch bei den übrigen Proletariern Achtung und Vertrauen genießt. Lehrreiche Kurse sind gut, doch müssen sie mit der Organisationsarbeit verbunden werden.

Referat des organisatorischen Leiters.

Der organisatorische Bezirkssekretär gab sodann den organisatorischen Bericht über die Tätigkeit der Bezirksleitung in den letzten 6 Monaten. Der Wechsel der Sekretäre und die starke Reaktion in Schlesien hat die Arbeit sehr erschwert. Trotz großen Geldmangels wurde eine große Wahlarbeit geleistet, viel Material versandt und die Leitung aus dem Nichts wieder aufgebaut. Trotzdem hatten wir zuwenig Wahlversammlungen. Wir müssen unsere Tätigkeit mehr in die Betriebe verlegen. Was gute Zellenarbeit fertig bringt, weist die Ortsgruppe Landeshut, die beispielsweise Versammlungspropaganda nur in den Betrieben treibt und trotzdem sehr gute Erfolge aufweist. Wir haben in verschiedenen Betrieben des Bezirks gute Zellenzeitungen herausgebracht. Die Zahl der abrechnenden Mitglieder seit Oktober ist zurückgegangen, doch findet seit den letzten Monaten eine stete Aufwärtsbewegung statt. Die Fragebogen der Leitung werden mangelhaft ausgefüllt, sodaß wir keine genaue Uebersicht über den Bezirk haben. Die Rote-Hilfe-Aktion wurde in der letzten Zeit sehr verstärkt. Diese unsere Kampagne hat bereits gute Erfolge gezeitigt. Sehr schlecht ist noch der Broschürenabsatz, doch soll der Buchhandlungsbetrieb neu ausgebaut werden. Wir haben 99 Gemeindevertreter in 34 Orten. Hierunter zwei beschäftigte Gemeindeschöffen. Infolge der Severingschen Verordnung wurden die übrigen nicht anerkannt.

Referat des Genossen Hamann.

Genosse Hamann schilderte die politischen und organisatorischen Aufgaben in unserer Provinz. Er wies ganz besonders auf die Notwendigkeit der Zellenarbeit hin und schilderte die glänzenden Erfolge der Betriebszellenzeitungen. Die Kassierung ist noch sehr mangelhaft und muß unbedingt strikt durchgeführt werden. In der Gewerkschaftsfrage hat der 5. Weltkongreß uns einen klaren Weg vorgeschrieben, der von jedem Mitglied unbedingt beschritten werden muß. Wir haben bisher die Landarbeiter und Frauen vernachlässigt. Wir sind Gegner einer gesonderten Frauenorganisation, wenn sie nur Kaffeekränzchen macht. Wir müssen unsere Arbeit unter diesen Schichten verstärken. Es bestehen viele Vereine (Sport-, Gesang-, Freidenkervereine usw.), in denen die Kommunisten entweder gar nicht vertreten sind, oder trotz ihrer Mitgliedschaft keine Zellen bilden und keine kommunistische Propaganda leisten. Hier haben wir ein riesiges Feld vor uns, um indifferente und sozialdemokratische Arbeiter für uns zu gewinnen und zu Mitkämpfern der proletarischen Bewegung zu machen. Zum Schluß forderte Genosse Hamann auf, die Arbeit für die Zeitung zu verstärken, da andernfalls der finanzielle Stand des Unternehmens unhaltbar werde.

In der Diskussion sprachen die Genossen Lehmann-Guhrau über die Bauernfrage, Heinzel-Liegnitz über bessere Ausnutzung der Arbeitsgebiete, Dreise-Breslau verlangte Berücksichtigung der Breslauer Ortsleitung bei Ersatzwahlen von Breslauer Genossen in die Bezirksleitung. Genosse Schill-Breslau sprach konkret über die Aufgaben der Betriebszellen. Nicht Abkapselung als Sekte, sondern Werbung neuer Mitglieder, um eine bolschewistische Massenpartei zu werden! Der Fall Wiersich muß ausgenutzt werden. Eine Betriebszelle, die nicht einmal Belegschaftsversammlungen zustande bringt, beweist, daß sie nicht funktioniert. Der beste kommunistische Betriebsrat kann nur gut arbeiten, wenn eine gute Zelle hinter ihm steht. Besonders in den wichtigen Betrieben (Elektrizitätswerken usw.) müssen Zellen errichtet werden. Jeder Kommunist muß gewerkschaftlicher Vertrauensmann werden. Der Vertreter der Jugend wies ebenfalls auf die Notwendigkeit der Zellenarbeit hin. Die bisherige Zahl der Zellen sei kläglich. Nur durch Betriebszellen schaffen wir die Verbindung mit der Arbeiterschaft. Es sprachen weiter in der Diskussion Genosse Kusawe-Sandberg, Obst-Kotzenau, Münch-Lauban. Genosse K. verlangte eine veränderte Bezirksleitung (Genossen Rotter, Franz, Gräf), die beiden letzten traten für die Liste ein, die die Bezirksleitung selbst vorgeschlagen hatte.

In seinem Schlußwort betonte der organisatorische Leiter und Genosse Hamann die Notwendigkeit der Zellenarbeit. Hamann wies noch speziell auf die Wichtigkeit der Kleinbauernpropaganda hin.

*

Infolge der fortgeschrittenen Zeit mußten von den vorgesehenen instruktiven Referaten über Kommunalpolitik und Frauenbewegung abgesehen werden.

Genosse Freudenreich sprach als Geschäftsführer der Produktivgenossenschaft über die Schwierigkeiten des Unternehmens, das auf Arbeitergroschen, nicht auf fetten Kapitalistengeldern aufgebaut, einen schweren Existenzkampf führen müsse. Er forderte alle Delegierten auf,

ihre ganze Kraft einzusetzen, neue Abonnenten zu gewinnen, die prompte Bezahlung der Abonnementsbeträge durchzusetzen und an der Zeitung tatkräftig mitzuarbeiten.

Wenn die Genossen ihre Arbeit nicht verdreifachen, ist es unmöglich, das Unternehmen aufrechtzuerhalten. Wir haben eine **Werbekampagne vom 21. September bis 26. Oktober** angesetzt. Wem unser Blatt ans Herz gewachsen ist, wer nicht mit einem bürgerlichen oder sozialdemokratischen Organ vorliebnehmen will, der muß weit mehr als bisher arbeiten, daß die Leserzahl verdoppelt wird und das Unternehmen eine gesunde Grundlage erhält.

Genosse Ammon gab einen Ueberblick über die Opfer der weißen Justiz in Schlesien und die ungeheuren Anforderungen an die Rote Hilfe. Er richtete einen Appell an alle Genossen,

unsere Brüder in den Gefängnissen und Zuchthäusern nicht zu vergessen und alle Kraft für ihre Befreiung einzusetzen.

Die Entschließungen, die wir weiter unten wiedergeben, wurden einstimmig angenommen. Der bisherige Bezirksleiter wurde mit 49 Stimmen gegen 10 Stimmen, die auf den Genossen Rotter fielen, wiedergewählt. Ebenso fand der Vorschlag der Bezirksleitung für die Neuwahl dieser Körperschaft Annahme. Nach diesem neuen Vorschlag bestehen die Hälfte der Bezirksleitungsmitglieder aus Obleuten der kommunistischen Zellen der größten Betriebe des Bezirkes.

*

Damit hatte die Tagung ihr Ende erreicht. Der Vorsitzende schloß den Bezirksparteitag mit einem **Hoch auf die Kommunistische Partei, auf die proletarische Revolution.** Unter den Klängen der Internationale leerte sich der Saal.

Resolutionen zum Bezirksparteitag.

Der am 13. und 14. September 1924 tagende Bezirksparteitag Schlesien spricht — nach einem Referat des Zentrale-Vertreters über die politische Lage — der Reichszentrale das Vertrauen aus. Der Parteitag erkennt an, daß die Zentrale alles getan hat, was unter den gegebenen Verhältnissen möglich war, um die Beschlüsse des Frankfurter Parteitages und des 5. Weltkongresses zur Durchführung zu bringen. Die Delegierten des schlesischen Bezirksparteitages erklären, alle Kräfte anspannen zu wollen, um gemeinsam mit der Reichszentrale die großen politischen Aufgaben der Kommunistischen Partei zur Durchführung zu bringen.

*

Der Bezirksparteitag der KPD. Schlesien, billigt ausdrücklich den Ausschluß Schumachers, Kaisers und Webers aus der Partei, weil sie die Beschlüsse des 5. Weltkongresses sabotierten.

*

An den Bezirksausschußsitzungen nehmen von nun an teil:

1. Mit beratender Stimme die Unterbezirksleiter jedes Unterbezirks.
2. Mit beschließender Stimme der Zellenobmann des wichtigsten Betriebes im Unterbezirk.

Die Wahl der Bezirksausschußmitglieder erfolgt in der Unterbezirkskonferenz.

Verschwörer und Revolutionäre

Tagebuchaufzeichnungen von M. Kaniowski.

Aus dem Polnischen übersetzt von St. Kubicki.

I.

Im Herbst des Jahres 1869 war ich in Petersburg Student der Naturwissenschaften. Schon die Wahl dieses Faches entzweite mich mit meinem Vater. Auch in den letzten Monaten meines Aufenthalts im Vaterhause gab es eine Menge Mißverständnisse zwischen uns. Ich mag sie nicht alle aufzählen.

Mein Vater hat wohl viel gelitten damals.

Ich erinnere mich heute, welche Angst in seinen Augen zitterte, wenn er sie auf mir ruhen ließ. Damals sah ich's nicht. Denn damals wollte ich's nicht und konnte es auch nicht sehen.

Ich mußte fort von hier, wo man nur von Erinnerungen lebte.

Ich wollte leben. Ihre Erinnerungen aber waren nicht die meinen. Ich war damals Atheist und in einem aggressiven Zustand und rief dadurch fortwährend Streitigkeiten hervor, bei denen meine Tante regelmäßig in Schluchzen ausbrach, um dann ohnmächtig zu werden.

Mein Vater geriet stets in eine stille Wut beim Anblick meines bestickten Bauernkittels.

Ich aber hielt es damals für meine Pflicht, ihn zu tragen. Jeder ist verpflichtet für diejenigen zu arbeiten, die ihn ernährt und aufgezogen haben. Mich hatten nun die Bauern der Ukraine ernährt mit ihrer Arbeit und mit ihrem Schweiß.

Selbst der Umstand, daß ich mich bis dahin mit keinem der Bauern unterhalten hatte, konnte irgend etwas daran ändern.

Wovon hätte ich auch mit ihnen sprechen sollen? Vom Atheismus, von den Theorien Darwins oder etwa davon, daß man sich von Vorurteilen frei machen müsse?

Mein Vater kümmerte sich wohl um die Bewohner seiner Dörfer, wie um sein Rassevieh oder um sein Gestüt. Ich verachtete dagegen um ihretwillen alles dies.

Damals war es mir nicht anders möglich.

Diese Verachtung war für mich ebenso eine Reaktion gegenüber meiner bevorzugten sozialen Stellung, von der ich abzurücken bestrebt war, die ich verleugnen mußte, sowie mein Vater umgekehrt durch seinen Stolz reagierte, um sich eine Distanz zu schaffen nach der anderen Seite. Er konnte nur leben, indem er die Welt von oben herab wie ein barbarisches Chaos betrachtete.

O wie haßte ich auch diese Atmosphäre der religiösen Verzückungen.

Als Kind hatte ich in Warschau die Menge betend gesehen, während das Militär auf sie schoß und die Kosakenpferde über sie hinweg trampelten: da hing ich mich an die zitternden Hände meines Vaters und schrie: warum kämpfen sie denn nicht?

Und in jener schrecklichen Stunde, da ich aus dem Fenster des Hotels — ein Kind noch — die Piken und Säbel über den Köpfen derer geschwungen sah, die um Hilfe zum Himmel schrien, da ich sah, wie die Kugeln die wegfegten, welche Psalmen sangen, da erwachte in mir jener grenzenlose Haß gegen alles, was nach Gebet und Demut aussieht.

Und dann sah ich drei Jahre lang die ängstlichen Gesichter unserer Nachbarn, die zitterten vor einem Verdacht, Furcht hatten vor den Behörden, vor den Bauern, ja vor dem Mut ihrer eigenen Kinder.

Es ekelt mich daran zu denken.

Doch ich mag dein Andenken nicht schänden, Vater! Ihr konntet nicht anders. Aber auch ich mag nichts zurücknehmen, nichts widerrufen:

Elle ne se rend pas
La commune de Paris!

Im Jahre 1869 also kam ich nach Petersburg. Ich warf mich kopfüber ins Studium, auf die Bücher. Niemals wieder in meinem Leben habe ich eine solche Menge neuer Gedanken in mich aufgenommen.

Tag für Tag riß ich irgend etwas in mir nieder. Tag für Tag festigte ich den neuen Gedanken. Tag und Nacht saß ich an meinem Schreibtisch in meinem verräucherten Zimmer und las, notierte, entwarf ein neues Leben. Wochenlang ließ ich die Briefe liegen, die von Hause eintrafen, dann erhielt ich Telegramme. Man war um mich in Sorge. Ich aber hatte einfach alles vergessen.

Von den anderen Studenten kannte ich keinen. Selten wechselte ich mit dem und jenem ein Wort.

Mich selbst bezeichnete ich als ein Stück Materie, welches danach ächzt, ein denkender Geist zu werden. Und diesen meinen Aphorismus gab ich einmal im Laboratorium zum besten im Gespräch mit einem blonden, pausbäckigen Deutschen.

Der war empört; begann von der Seele zu reden. Sprach von „Bewußtsein, Selbstbewußtsein". Schließlich begann er vom „Pflichtbewußtsein".

Ich fing an zu lachen, denn diesen Ausdruck haßte ich. Ich mußte da an meine Tante denken, welche alles lesen und verstehen konnte, sogar die Schriften Darwins; nach beendeter Lektüre sagte sie dann: „das ist ja alles sehr klug und logisch . . . aber" und dann kam Tradition und Glauben usw.

Was ist das, Pflicht? — fragte ich meinen Schultz. Da beginnt er folgendes: Ich hab ein Stipendium von dreihundert Rubel, ich möchte sehr gerne mal ins Theater gehen, ich liebe das Schauspiel; was heißt das „ich"? Meinen Sinnen tut es wohl. O . . . an meinem Geist ist das angenehm. — Aber welchem Geist? Dem materialistischen eben, dem egoistischen. Und hätte ich nur diesen, dann würde ich wohl ins Theater gehen, oder mir den Ofen heizen lassen, aber das Theaterbillet kostet wohl einen halben Rubel, das Heizen fünf Kopeken, mein Vater aber ist Pastor und hat neun Kinder und dem muß ich von meinem Geld 30 Rubel, oder auch 100 oder 120 Rubel hinschicken.

Und warum muß ich das? Es gibt nämlich etwas, was sich nicht verändert, was weder Bewegung noch Vergnügen noch Farbe noch irgend etwas ist. Was das ist? Das ist das „du mußt". Was bin ich also? Ich bin Pflicht? Und so weiß ich auch, daß ich eine Seele habe, denn ich habe da etwas, was weder Bewegung, noch Eindruck, noch Veränderung ist.

Ja, weshalb vermehren sich dann die Pastoren so maß- und zahllos — begann plötzlich die Baßstimme meines Nachbars zur Rechten, eines gelockten, schlitzäugigen Russen — Pflicht? Seele? — Alles Quatsch, das ist eine ganz gewöhnliche kaninchenhafte Unkeuschheit!

Mein Schultz wurd estachlig . . .

Mein Herr! Ich bitte sehr, mein Vater ist ein Geistlicher. — Mein Vater ist auch Geistlicher — sagte der Lodige. — Ich verbitte mir aber so etwas, ich liebe und verehre meinen Vater sehr.

Ich liebe den meinen auch, trotzdem er säuft; das ist auch gut so, denn ein Pope kann nur dann ein anständiger Mensch sein, wenn er säuft . . .

(Fortsetzung folgt.)

Außen- und innerpolitische Lage der Sowjetunion

(Aus der Rede des Genossen Kamenew in der Sitzung der Moskauer Parteifunktionäre am 22. August 1924.)

Unsere wirtschaftlichen Aussichten.

Der gegenwärtige Zeitabschnitt auf wirtschaftlichem Gebiete ist als der Zeitabschnitt von der Herstellung der beständigen Währung bis zur neuen Ernte zu charakterisieren. Das neue Wirtschaftsjahr, das jetzt beginnt, wird eine neue ernsthafte Prüfung unserer Geldreform sein. Wir wissen jetzt alle, daß diese Reform, an deren Gelingen so viel gezweifelt worden war, nun durchgeführt und zum Abschlusse gebracht ist, daß ihr aber neue Prüfungen bevorstehen. Bestimmenden Einfluß wird darauf, wie seit jeher, die Ernte haben.

Das Ernteergebnis dieses Jahres ist fast das gleiche wie das des Vorjahres,

verteilt sich aber ungleichmäßig über das ganze Land. In gewissen Gegenden, und zwar gerade im Gebiet der Schwarzen Erde, das uns früher Ueberschüsse lieferte, hat sich jetzt eine Mißernte ergeben, so daß wir nicht nur keinen Ueberschuß erhalten, sondern sogar aus anderen Teilen des Reiches dorthin Getreide schicken müssen. Die Mißernte hat ungefähr 7 Millionen Desjatinen betroffen, ein Gebiet, das von 7 Millionen Menschen bewohnt wird.

Als uns das Ausmaß der Mißernte klar wurde, machten wir es uns zur Hauptaufgabe, die Aussaat für die Felder zu sichern, die unter der Mißernte gelitten hatten, und wir beschlossen, Saatgut dorthin zu entsenden. Jetzt können wir sagen, daß die Aussaat beendigt ist und die betroffenen Gebiete so viel Saatgut erhalten haben, daß sie nicht nur ebensoviel ausgesät haben wie im letzten Jahre, sondern daß sich sogar die

Anbaufläche vergrößert hat.

So eigenartig das scheinen mag, so ist das wahr, daß die Getreidepreise in den Mißerntegebieten gegenwärtig niedriger sind als in einigen ertragreichen Gouvernements. Warum?

Weil wir imstande waren, sofort Getreidevorräte in die Mißerntegebiete zu befördern, dort die Preise zu regeln und nicht nur die Beendigung der Panik zu erzielen, sondern auch zu erreichen, daß die Getreidepreise dort niedriger sind als in den fruchtbaren erntereichen Gegenden der Ukraine.

Diese großartige Arbeit beweist, daß unser Apparat schon viel besser geworden ist und die Wirtschaft unseres Landes derartig erstarkt ist, daß wir sofort die Lücke, die sich geöffnet hatte, ausfüllen konnten.

Von den zur Behebung der Folgen der Mißernte vorgesehenen 70 Millionen Rubel werden ungefähr 40 Millionen für die Aussaat und Verpflegung, 14 Millionen für die Organisierung von öffentlichen Arbeiten, 8 Millionen zur Verpflegung der Kinder und

8 Millionen Kredite an die Bauern zur Erhaltung des Viehbestandes verausgabt.

Der durchschnittliche Getreidepreis betrug am 1. August 1923 51 Kopeken, am 1. August 1924 100 Kopeken oder 1 Rubel. Im Vorjahre bestand die Hauptaufgabe für uns darin, „die Schere zusammenzudrücken".

Uns waren die Getreidepreise zu niedrig, da sie den Markt der Industrie einengten und eine Absatzkrise hervorzurufen drohten.

Am Jahresende hatten wir diese wirtschaftliche Schwierigkeit glücklich überwunden und die Schere zusammengedrückt. Jetzt stehen wir vor der entgegengesetzten Tatsache. Der Getreidepreis ist also um 100 Prozent gestiegen, was unvermeidlich ein Steigen des Arbeitslohnes, eine Erhöhung des Budgets und des Index, der Preise aller Waren und folglich eine sehr große Gefahr für unsere Geldreform darstellt. Wir müssen daher in unserem Lande solche Getreidevorräte schaffen und in den Händen des Staates konzentrieren, daß wir Herren auf dem Getreidemarkte sind und die Preise in den Industriegebieten auf der Höhe erhalten können, die für den Staat von Vorteil ist. Dazu benötigen wir annähernd 400 Millionen Pud Getreide.

Die Getreideausfuhr muß natürlich hinter diesen Aufgaben zurückstehen und wir müssen daher zur Schaffung einer aktiven Handelsbilanz die Ausfuhr aller anderen Produkte verstärken. Wir haben Holz, das besonders von England benötigt wird, das wegen seiner Wohnungsnot beschlossen hat, alljährlich 100 000 Häuser zu bauen, wofür sie das nötige Kleingeld haben, das wir nicht besitzen. Dafür aber haben wir das Holz, das sie nicht haben. Und so können wir durch eine richtige Organisierung der Holzausfuhr diesen Mangel unserer Währung beheben, der durch die Verzögerung und die jedenfalls eintretende Einschränkung unserer Getreideausfuhr entsteht. Dasselbe läßt sich auch über die Ausfuhr von Naphtha sagen.

Durch richtige Ausnützung des staatlichen Getreidemonopols und durch eine richtige Steuerpolitik werden wir die Interessen des Budgets, der Volkswirtschaft als Ganzes,

der ärmsten Schichten der Bauernschaft und die Interessen der Arbeiterklasse schützen können.

Den Preis für das Getreide endgültig festzusetzen, ist natürlich schwer. Er wird jedenfalls 40 Prozent über den Preisen des Vorjahres stehen, das heißt für die Getreide verkaufende Bauernschaft ein- und einhalbmal günstiger sein. Dadurch wird die Bauernschaft einen Zuschuß erhalten, der für die bäuerliche Wirtschaft nutzbringend, aber auch für unsere eigene Industrie vorteilhaft sein wird. Wir dürfen außerdem nicht übersehen, daß die Bauern dieses Jahr die Emissionssteuer ersparen, die sie im letzten Jahre im Ausmaße von 200 Millionen Rubel an den Staatsetat geliefert haben, was jetzt mit der Einführung der Ausgabe von Papiergeld entfällt.

Die Aussichten der Industrie.

Unsere Industrie schlägt in den letzten Monaten ein immer rascheres Tempo ein. Wenn man von den übrigen Einzelheiten, die mit der Jahreszeit im Zusammenhange stehen, absieht, so kann man eine allgemeine Tendenz zur Erhöhung und Ausdehnung der Produktion feststellen. Die Aufstellungen für den Monat Juli beweisen dies zur Genüge.

Die Umsätze durch Vermittlung der Börse in Moskau und den 40 Provinzbörsen haben im Mai, Juni und Juli 1923

500 Millionen Rubel

erreicht, in den gleichen Monaten dieses Jahres

650 Millionen Rubel

haben sich also in diesen Monaten der vorigen Saison um 30 Prozent erhöht. Diese Belebung und Erweiterung der Produktion, diese Erhöhung des Absatzes zeigt sich natürlich in erster Linie an der Fertigindustrie, die für den Massenverbrauch arbeitet.

Trotzdem erhöhen wir gleichzeitig Warenmangel, im Gegensatze zur Absatzkrise des Vorjahres. In der Mitte von Nischni-Nowgorod wurden die Warenlagerhäuser schon durch vorher eintreffende Aufträge vollständig ausverkauft, wobei immer noch nur 70 Prozent der Anfrage befriedigt werden. Wir sehen also trotz der Erweiterung der Produktion zugleich Warenmangel.

Wie wird sich das weiter entwickeln? Bekanntlich ist die Bauernschaft der Hauptkäufer. Als die ersten Nachrichten über die Mißernte kamen, machte sich auch in der Industrie eine gewisse Panik bemerkbar und man befürchtete eine Einschränkung der Industrie. Diese ging aber sehr schnell vorüber, und wir sind jetzt fest davon überzeugt, daß sich der Markt für die Industrieprodukte in diesem Jahre nicht nur nicht einengen, sondern als Ganzes genommen, vermutlich erweitert wird. Selbst bei Nichtberücksichtigung der von der Mißernte betroffenen Gebiete wird die Erhöhung der Getreidepreise es der Bauernschaft ermöglichen, mehr städtische Produkte zu kaufen als im Vorjahre, da die Bauern

fast die gleiche Menge Getreide zu verkaufen haben wie im Vorjahre.

Auch wenn wir die Preise für das Getreide so weit drücken können, wie wir es wünschen, wird noch immer eine Erhöhung von mindestens 40 Prozent gegenüber dem Vorjahre das Ergebnis sein und die Kaufkraft sich erhöhen.

Millionen Pud gegenüber 49 im Juni. In diesem Monate beträgt die Erhöhung 13 Prozent. Die Zahl der Arbeiter ist von 129 000 auf 134 000 gewachsen, das ist um 4 Prozent. Naphtha hat in diesen Monaten eine Steigerung von 16 Prozent ergeben. Die Gesamtanzahl der Arbeiter in der **Metallindustrie** ist in diesem einen Monat um 3,5 Prozent gestiegen. Die Anzahl der Arbeiter in der gesamten **Textilindustrie** hat sich im Vergleiche zum Monat Juni fast gar nicht geändert (ungeachtet der in dieser Jahreszeit üblichen Stockung). Die Steigerung der Produktion von **Tabak** beträgt 50 Prozent, von **Machorka** (in der Sowjetunion viel gerauchter Tabakersatz. D. R.) 24 Prozent, in der **Gummiindustrie** 86 Prozent usw."

Wir sehen also, daß die Industrie ihre Leistungen erhöht und zugleich jene Bestände von Arbeitslosen, die sich bei uns herausgebildet hatten, aufzusaugen beginnt.

Dies geschah noch vor dem Herein bringender Ernte, solange die Nachfrage der Bauern als Verbraucher noch nicht in Erscheinung trat und daher die Handelsunternehmungen und Genossenschaften noch nicht ihre Bestellungen vorgenommen hatten. Wir haben also noch eine weitere Steigerung der Nachfrage zu erwarten, müssen aber betonen, daß wir die Industrie nur dann werden erweitern können, wenn wir Industrieprodukte auch weiter durchführen.

Die größte Schwierigkeit bildet die Knappheit an Betriebskapital, die sich namentlich bei der Schwerindustrie störend fühlbar macht und es unmöglich macht, daß wir die gewaltigen Erfolge der Urproduktion, die wir erzielt haben, voll ausnützen.

Wir haben aus dem Donbecken statt 450 bis 500 Millionen Pud, die wir uns als Ziel gesteckt hatten, 516 Millionen Pud Kohle hereinbekommen und auch in der Naphthaproduktion das Produktionsprogramm derart überschritten, daß uns selbst bei Erhöhung der Ausfuhr noch ein Ueberschuß verbleibt

und sogar bei uns im Lande ein gewisser Kampf zwischen Kohle und Naphtha einsetzt. Daher ist die erste Aufgabe des neuen Wirtschaftsjahres die Steigerung der Produktion der Metallindustrie und die zweite die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion.

Arbeitsleistung und Arbeitslohn.

Die Mißernte hat die weitere wirtschaftliche Entfaltung beeinträchtigt und das Entwicklungstempo verlangsamt. Auf dem Gebiete der Arbeitslöhne haben wir Erfolge erzielt, erhalten aber bei einer Gegenüberstellung der Arbeitslöhne mit der Arbeitsleistung noch kein zufriedenstellendes Bild.

Die Steuern sind sehr schwer, schwerer als im Vorjahre. Auch die indirekten Steuern sind sehr hoch. Unser Budget für das kommende Wirtschaftsjahr 1924/25 sieht ungefähr 2 Milliarden 100 Millionen Rubel Ausgaben vor und ebenso hohe Einnahmen, wovon aber nur ungefähr 150 Millionen Rubel aus Staatsindustrie und Staatshandel erwartet werden, trotzdem wir 515 Millionen Pud Kohle und ungefähr 400 Millionen Naphtha produziert haben. Dies beweist, daß die Steigerung der Arbeitsleistung unsere wichtigste Aufgabe ist. Wenn wir nicht als Partei, durch unser Lenin-Aufgebot, durch unseren ganzen Agitationsapparat, durch die Gewerkschaften alle unsere Bemühungen darauf richten und die Arbeiterklasse dies nicht versteht, daß hier grundlegende Aenderungen vorgenommen werden müssen, so kann die Langsamkeit unserer Entwicklung geradezu verhängnisvoll werden. Die Erweiterung unserer Produktion, also die Einschränkung der Arbeitslosigkeit, die volle Ausnützung der Werke, die Verbilligung der Produktion kann nur durch eine Erhöhung der Arbeitsleistung erreicht werden.

Kapitalistendeutschland — Sowjetrußland!

In Deutschland Schutzzölle für die Junker, Erdrosselungssteuern für die Bauern. — In Sowjetrußland Hilfe für die Bauern, Ueberwindung der Mißernte und Vergrößerung der Anbauflächen.

Die Tartarennachrichten der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse über die Mißernte und Hungersnot in Sowjetrußland sind seit etwa 14 Tagen völlig verstummt. Sowjetrußland hat die drohende Hungerkatastrophe durch die beispiellose großartige Organisation überwunden.

Wie aber steht es mit der Ernte in Deutschland? WTB. berichtet:

Das fast allenthalben regnerische Wetter während des Monats August hat die diesjährige Getreideernte derart verzögert, daß zu Anfang September zumeist erst das Wintergetreide geborgen war, während von den Sommerhalmfrüchten, darunter auch von Sommerweizen und Sommerroggen noch größere Mengen auf den Feldern sind, und zwar teilweise noch auf den Halmen. In rauheren Gegenden ist das Sommergetreide, zum Teil sogar noch nicht ganz ausgereift. Durch das lange Lagern im Regen ist das auf dem Boden liegende Getreide schon mehrfach ausgewachsen; auch das noch stehende zeigt hierzu bereits Ansätze. Das unter Dach gebrachte Getreide läßt in seiner Qualität, da es nicht selten in feuchtem Zustande eingefahren werden mußte, vielfach zu wünschen übrig. Nach den bisherigen Druschergebnissen wird der Ertrag verschiedentlich hinter den zu Anfang August gehegten Erwartungen zurückbleiben.

In tief gelegenen Landstrichen ist auch im August wieder durch Hochwasser erheblicher Schaden auf den Feldern angerichtet worden. Strichweise sind auch Hagelschläge erfolgt.

Die Hafererne ist im Gange. Durch die vielen Niederschläge ist eine umfangreiche Lagerung erfolgt, wodurch die Erntearbeit stark erschwert und der Körnerertrag beeinträchtigt wird.

Die Entwicklung der Kartoffeln wird auf leichten Böden noch als gut beurteilt, auf schweren zeigen sich aber schon die Anzeichen von Fäulnis.

Futter- und Zuckerrüben haben bisher noch im allgemeinen ein befriedigendes Aussehen.

Die Kleeschläge und Wiesen haben sich gut entwickelt und lassen reichliche Erträge erwarten. Die Einbringung verzögert sich aber durch die ungünstige Witterung. Die Grummeternte mußte verschiedentlich deswegen unterbrochen werden.

*

Die sehr vorsichtig abgefaßte amtliche Mitteilung bestätigt nur die aus allen Teilen des Reiches einlaufenden Meldungen über die zu erwartende Mißernte.

Eine ungeheuere Teurung wird die Folge im kommenden Winter sein. Eine Teurung, die noch durch Schutzzölle ins Ungemessene gesteigert wird.

Der arbeitenden Bevölkerung droht ein neuer Kohlrübenwinter.

Die Regierung tut nichts, um der drohenden Hungersnot zu steuern.

Sie hilft den Junkern durch Schutzzölle läßt dagegen die armen Kleinbauern zugrunde gehen.

Wir haben erst kürzlich durch Veröffentlichung eines Briefes aus dem Kreise Frauenwalden gezeigt, wie die Finanzämter, welche die Junker schonen, rücksichtslos gegen die kleinen Bauern vorgehen und sie systematisch zu Grunde richten.

Wen nimmt es wunder, in dieser Republik, die dem Wilhelm monatlich 50 000 Goldmark schenkt.

*

Die in einer Arbeiter- und Bauernrepublik den Landwirten — es handelt sich durchweg um Kleinbauern, denn die Ländereien der Großgrundbesitzer sind aufgeteilt oder verstaatlicht — geholfen wird, zeigt die Rede, die Genosse Kamenew am 22. August 1924 vor den Moskauer Parteifunktionären gehalten hat.

Genosse Kamenew berichtete folgendes über die Mißernte:

Als uns das Ausmaß der Mißernte klar wurde, machten wir es uns zur Hauptaufgabe, die Aussaat für die Felder zu sichern, die unter der Mißernte gelitten hatten, und wir beschlossen, Saatgut dorthin zu entsenden. Jetzt können wir sagen, daß die Aussaat beendet ist und die betroffenen Gebiete soviel Saatgut erhalten haben, daß sie nicht nur ebensoviel ausgesät haben wie im letzten Jahre,

sondern, daß sich sogar die Anbaufläche vergrößert hat.

So eigenartig das scheinen mag, so ist das wahr, daß die Getreidepreise in den Mißerntegebieten gegenwärtig niedriger sind als in einigen ertragreichen Gouvernements. Warum? Weil wir imstande waren, **sofort Getreidevorräte in die Mißerntegebiete zu befördern, dort die Preise zu regeln und nicht nur die Beendigung der Panik zu erzielen, sondern auch zu erreichen, daß die Getreidepreise dort niedriger sind, als in den fruchtbaren erntereichen Gegenden der Ukraine.**

70 Millionen Rubel warf die Sowjetregierung zur Ueberwindung der Mißernte aus. Hiervon wurden 40 Millionen für Aussaat und Verpflegung verwandt, 14 Millionen für die Organisierung der öffentlichen Arbeiten, 8 Millionen zur Verpflegung der Kinder und 8 Millionen Kredite an die Bauern zur Erhaltung des Viehbestandes.

In Rußland Kredite für die Bauern zur Erhaltung des Viehbestandes. In Deutschland müssen die kleinen Bauern die letzte Kuh verkaufen um die Steuern zu bezahlen, während die Junker Millionengewinne einheimsen.

Hand in Hand mit den Bestrebungen zur Steigerung der Ernteerträge gehen die Bemühungen zur Steigerung der Produktion und Belebung der Industrie.

*

Wir sehen also, daß die Industrie in Sowjetrußland ihre Leistungen erhöht und zugleich beginnt, die Bestände der Arbeitslosen aufzusaugen.

In der kapitalistischen deutschen Republik aber sinkt die Produktion und steigt die Arbeitslosigkeit von Tag zu Tag. Aufbau von Landwirtschaft und Industrie in Sowjetrußland; Bankrottwirtschaft und Produktionsverfall, Arbeitslosigkeit und Hunger in Deutschland.

Wo bleiben angesichts dieser Tatsachen die Lügen der SPD?

Die „Bergwacht" und Sawinkoff.

Die „Schlesische Bergwacht" beschäftigt sich in ihrer Nummer vom 15. September mit Boris Sawinkoff. Die sozialdemokratische Presse, die Sozialdemokratie und die ganze zweite Internationale hat sich schon öfter mit Sawinkoff beschäftigt.

Sawinkoff ist ein russischer Intellektueller, dessen Politik sich in ungezählten Attentaten gegen den Zarismus wiederspiegelt. Er war Angehöriger der sozialdemokratischen Partei ist aber später zu den Sozialrevolutionären übergetreten. **Dieser stürmische Terrorist war während der Regierungszeit der Sozialdemokraten in Rußland Kriegsminister.** Damals waren die Sozialdemokraten heilfroh, Sawinkoff in ihren Reihen zu haben, einen Terroristen schlimmster Art, um die kommende Revolution niederhalten zu können. Jedoch die Bolschewiki verjagten das sozialdemokratische Kerenski-Gesindel und Sawinkoff wurde auch einer der bekannten weißen Emigranten.

Sawinkoff blieb weiter ein Freund der Sozialdemokratie und in allen Aktionen, die die weißen Generale gegen Sowjetrußland unternahmen, spielte dieser Terrorist die größte Rolle. Jedes Mittel war Sawinkoff recht, um die Sowjetregierung zu Fall zu bringen.

Er verhandelte mit den Sozialisten Macdonald in England, Benesch in der Tschecho-Slowakei, Vandervelde in Belgien,

um Mittel zu erhalten, gegen den ernsten Arbeiterstaat der Welt vorzugehen. Dieselbe Presse, die heute Sawinkoff mit Dreck bespritzt war es, die Sawinkoff in seinen terroristischen Mitteln gegen Sowjetrußland tatkräftig unterstützte.

Sawinkoff war das Haupt der Gegenrevolution. Sawinkoff ist zugrunde gegangen. Vor dem Kriegsgericht in Moskau machte er folgende Angaben, die mehr sprechen, als das jämmerliche Geschrei der SPD-Presse: „Ich, Boris Sawinkoff, habe ungeheure Verbrechen gegen das werktätige Volk Rußlands begangen. Ich kannte aber die Massen nicht, ich wußte nicht, daß das Volk mit Euch ist. Die Welt ist in zwei Lager gespalten, und man muß entweder für Euch oder gegen Euch kämpfen. Ich verachte diejenigen, die in der Mitte stehen und schwanken. Ich kämpfe gegen Euch. Alle Mittel waren für mich gut in diesem Kampfe. Ich habe mich fürchterlich geirrt. Ich bekenne dies. Ich bekenne, daß Ihr recht behalten habt. Das Volk ist mit Euch. Ich erkenne die Rätemacht vorbehaltlos an. Und dieses Bekenntnis ist für mich schwerer gewesen, als Euer Todesurteil sein kann. Nicht nur mit Waffen habt Ihr mich besiegt, sondern auch geistig. Das Bauerntum und die Arbeiterschaft sind mit Euch . . ."

Das jämmerliche, falsche Geheule der täglich tiefer sinkenden Sozialdemokratie leugnet nicht die Tatsachen weg, daß Sawinkoff an der Erfolglosigkeit, Sowjetrußland zu stürzen, selbst gestürzt ist, und daß Sowjetrußland es verstanden hat mit der korrupten Gesellschaft der Sozialdemokratie, der Sozialrevolutionäre und der weißen Generale fertig zu werden.

Was müssen das für Drecksfoten sein, die erst Sawinkoff Millionen zuschusterten, damit er Attentate verüben kann, um ihn nach seinen erfolglosen Taten mit Schmutz zu bewerfen.

In der gleichen Nummer schreibt die „Bergwacht" einen Artikel über den Fall Leinert. Sie nimmt ihren von der Realition mit 22 000 Mark gekauften führenden Kopf noch in Schutz. Kann man von dieser Gesellschaft nicht alles erwarten? Raus aus dem Haus mit dieser Presse!